

Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift
Tageblatt Riesa,
Fersenstr. 20,
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesa, des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen beförderlicherseits bestimmte Blatt.

Postfachkonto
Dresden 1534,
Straßen:
Riesa Nr. 52.

Nr. 216.

Mittwoch, 14. September 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postzug RM. 2.14 einschließlich (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 3 mm hohe Grundchriftzeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamenzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Kuffschlag, feste Tarife. Vermittelter Rabatt erstattet, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.
Rotationsdruck und Verlag: Bauer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goettedorferstr. 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittsch, Riesa

Briefwechsel Hindenburg — Göring.

Der Reichspräsident weist die Beschuldigungen gegen den Reichskanzler zurück. Göring erkennt Auflösung an, bezeichnet aber die Abstimmung als rechtsgültig und fordert erneut Rücktritt der Reichsregierung.

1) Berlin. Reichspräsident Göring hat an den Herrn Reichspräsidenten folgendes Schreiben gerichtet:
„Der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksovertretung hat gemäß Artikel 33 der Reichsverfassung die Anwesenheit des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern zu seiner heutigen Sitzung verlangt. Der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern haben ihr Erscheinen von Bedingungen abhängig gemacht. Das ist nach dem Wortlaut des Artikels 33 der Reichsverfassung nicht zulässig, wie die Reichsregierung durch ihr Verhalten in den Sitzungen des Ausschusses vom 22. und 25. Juli 1932 anerkannt hat. Der Ausschuss stellt fest, daß sich der Herr Reichskanzler und der Herr Reichsminister des Innern durch ihre Handlungsweise eine so offene Bruch der Reichsverfassung schuldig gemacht haben.
Er erwartet, daß der Herr Reichspräsident als der berufene Hüter der Verfassung den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern zur Erfüllung ihrer verfassungsmäßigen Pflichten unverzüglich anhalten wird.“
gez. Göring.“

Der Herr Reichspräsident hat hierauf wie folgt geantwortet:
„Den in Ihrem Schreiben vom heutigen Tage gegen den Herrn Reichskanzler und den Herrn Reichsminister des Innern erhobenen Vorwurf des Verfassungsverstoßes weise ich mit Entschiedenheit zurück. Die Fragen, mit denen sich heute der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksovertretung befaßt hat, wären nie entstanden, wenn Sie, wie es die Reichsverfassung vorschreibt, dem Herrn Reichskanzler das Wort zur Verlesung meiner Auflösungsverordnung erteilt oder zum mindesten lediglich nach Zustellung dieser Verordnung die Sitzung des Ausschusses geschlossen hätten. Sobald Sie, Herr Reichspräsident, und der Ausschuss diese unannehmbare Maßnahme ausdrücklich anerkennen, wird, wie die Reichsregierung bereits erklärt hat, einem Erscheinen des Herrn Reichskanzlers und des Herrn Reichsministers des Innern vor dem Ausschuss nichts mehr im Wege stehen.“
gez. von Hindenburg.“

1) Berlin. Diefem Briefe war, wie das Nachr.-Büro des R.D.Z. erzählt, die oben veröffentlichte kurze Mitteilung des Ausschusses des Ueberwachungsausschusses des Reichstages vorangegangen. Auf diese ohne Höflichkeitsformeln ergangene Mitteilung hatte Reichspräsident v. Hindenburg nur kurz geantwortet.
Die Antwort des Reichspräsidenten hat sich mit dem ausführlichen Brief Görings gekreuzt. Reichspräsident Hindenburg hat dann nach dem Eingang des Schreibens von Hindenburg noch einmal einen Brief an den Reichspräsidenten gerichtet, in welchem er diesen Sachverhalt klarzustellen verucht und dem Reichspräsidenten mitteilt, daß er dessen Antwort an den Vorsitzenden des Ueberwachungsausschusses weitergeleitet habe.
Der Vorsitzende des Ueberwachungsausschusses, Abg. Röbe (Soz.), hat daraufhin sofort diesen Ausschuss für Mittwoch nachmittag 8 Uhr zur Beratung des Briefwechsels zwischen Göring und von Hindenburg einberufen.

1) Berlin. Zu dem Schreiben des Reichspräsidenten Göring an den Reichspräsidenten, in dem, wie gemeldet wurde, die üblichen Höflichkeitsformeln fehlen, teilt die Pressestelle der R.D.Z. mit, Reichspräsident Göring habe auf dem Standpunkt, daß das erwähnte Schreiben kein Brief des Reichspräsidenten Göring sei, sondern daß es sich um einen amtlichen Bericht eines Ausschusses handele, den er als Reichspräsident verpflichtet mit seiner Unterschrift versehen habe. In amtlichen Berichten der Ausschüsse sei es aber üblich, jede Höflichkeitsformel fortzulassen.

Der Brief des Reichspräsidenten Göring an den Reichspräsidenten.

1) Berlin. Reichspräsident Göring hat am Dienstag abend an Reichspräsident von Hindenburg ein Schreiben gerichtet, in dem es heißt:
„Hochzuverehrender Herr Reichspräsident!
Euer Erzellenz!
Der Reichstag gibt seiner Erwartung hiermit Ausdruck, daß Sie, Herr Reichspräsident, entsprechend den Vorschriften der Reichsverfassung die von der Abstimmung des Reichstages getroffene Notverordnung unverzüglich außer Kraft setzen werden. Die selbstverständliche Folge der Annahme des Mißtrauensvotums wird der unverzügliche Rücktritt der Regierung Papen sein, da eine Regierung, die zu 95 Prozent das deutsche Volk gegen sich hat, weder weiter die Politik im Innern bestimmen, noch Deutschland in der

jetzigen schwierigen Lage dem Ausland gegenüber vertreten kann. Nach beiden Seiten hin lehnt der Regierung Papen jegliche Legitimation des deutschen Volkes; besonders im Hinblick auf die derzeit schwebenden Verhandlungen mit dem Ausland würde eine Regierung, die fast von dem gesamten deutschen Volk durch schärfstes Mißtrauen abgelehnt wird, eine nützliche Verhandlungsbasis besitzen. Dem deutschen Volke muß daraus schwere Schädigung erwachsen. Der Brief schildert dann ausführlich den Sitzungsverlauf und fährt fort:

„Ich stelle auch Euer Erzellenz gegenüber ausdrücklich fest (verleihe amtliches Stenogramm), daß ich bereits den Beginn der Abstimmung erklärt hatte, als der Herr Reichskanzler den ersten Versuch machte, sich zum Wort zu melden. Bisher sind noch niemals und in keinem Parlament der Welt während einer Abstimmung Wortmeldungen erteilt worden. Weiteres ist technisch auch nicht möglich. Die Abstimmung bildet ein Ganzes; sie stellt einen einzigen Vorgang dar. Mit dem Beginn der Abstimmung ist auch das Ergebnis derselben festgelegt. Ich betone in diesem Zusammenhang, daß auch die Deutschnationale Volkspartei diesen meinen Standpunkt dadurch anerkennt, daß sie sich sowohl an der Abstimmung beteiligte und das Ergebnis derselben mit anhörte, als auch durch den deutschnationalen Schriftführer an der Abstimmungshandlung mit beteiligt hat. Nachdem ich das Ergebnis der Abstimmung bekanntgegeben hatte, ergriff ich sofort das Wort und erkannte nun erst, daß es sich um das Auflösungsdekret handelte, welches ich darauf zur Verlesung brachte.“

„Feststeht demnach, erstens, daß somit der Abstimmungsakt vor der Auflösung des Reichstages stattgefunden hat; zweitens, daß das Ergebnis dieser Abstimmung zu recht besteht; drittens, daß nach der Reichsverfassung die betreffenden Notverordnungen außer Kraft zu setzen sind; viertens, daß die Regierung Papen mit einer vernichtenden Mehrheit vom deutschen Volke durch seine erwählte Vertretung gescheitert worden ist.“

Göring gibt dann zu, daß formal der Reichstag im Augenblick nach der Abstimmung aufgelöst worden sei. Er fügt hinzu:

„Gegen die Begründung dieser Auflösungsorder muß ich jedoch als Präsident der deutschen Volksovertretung Verwahrung einlegen. Gewiß ist es in das Ermessen des Herrn Reichspräsidenten gestellt, den Reichstag aufzulösen, jedoch niemals aus dem gleichen Anlaß. Tatsächlich ist jedoch der Reichstag bereits am 4. Juni 1932 aufgelöst worden mit dem tatsächlichen Sinne, daß die damalige Regierung Papen nicht das Vertrauen der deutschen Volksovertretung gefunden hätte. Tatsächlich ist auch der neue Reichstag aufgelöst worden, weil die Regierung Papen wiederum kein Vertrauen gefunden hätte.“

Nachdem bekanntgeworden war, daß eine Abstimmung stattfinden sollte, hat der Herr Reichskanzler, wie ich später erfuhr, bei seinem Eintritt in den Reichstag objektiv und in einer für den Reichstag verlegenden Form mit der roten Karte gegen die Diplomatenloge hinaufgewinkt. Vor allem aber werden diese Zusammenhänge bestätigt durch den Wortlaut der Auflösungsorder selbst. Es sollte also von vornherein die Abstimmung unmöglich gemacht werden. Die Aufhebung einer Notverordnung gehört zu den verfassungsmäßigen Rechten des Reichstages, und zwar ist dem Reichstag hier das Recht der Aufhebung eingeräumt worden als Regulativ gegenüber einer Regierung, die sich anmaßen sollte, willkürlich Anordnungen und Bestimmungen auf dem Wege von Notverordnungen zu erlassen, um somit Verfassung und Volkshoheit jederzeit zu garantieren. Wenn nun ein Reichstag jedesmal aufgelöst werden soll, weil Gefahr besteht, daß er ein durch die Verfassung gegebenes Recht, ja eine durch die Verfassung auferlegte Pflicht im Interesse des Volkes ausübt, so bedeutet dies eine dem Sinn der Verfassung widersprechende Handlung. Der Gedanke der Volksoberverantwortung, so heißt es weiter in dem Brief, und des ersten Grundgesetzes unserer Verfassung „Die Staatsgewalt geht vom Volke aus“, würde durch eine solche Haltung verletzt. Ich sehe mich deshalb verpflichtet, hochverehrter Herr Reichspräsident, gegen die Begründung des Auflösungsdekrets vor dem ganzen deutschen Volke feierlichst Protest einzulegen.“

Der Reichspräsident weist dann darauf hin, daß der Reichstag später gewählt worden sei, als der Reichspräsident, und daß auch die Wahl des Reichspräsidenten mit Hilfe der Parteien bewerkstelligt sei. Die politische Willensbildung der Nation könne sich verfassungsmäßig nur durch Parteien dokumentieren. Wolle man die politischen Parteien restlos ausschalten oder vernichten, so schalte man praktisch den Volkswillen selbst aus und weude sich damit gegen Geist und Sinn der deutschen Reichsverfassung.
„Ich darf Sie versichern, hochverehrter Herr Reichspräsident, daß das deutsche Volk sich zur Zeit in einem Zustand namenloser Unruhe und Empörung befindet, weil

dieses Volk empfindet, daß seine in der Verfassung niedergelegten Grundrechte in Gefahr sind. Das Volk kann und wird es nicht verstehen, daß es weiterhin regiert werden soll von einer Anzahl von Männern, der jedoch durch den Reichstag bekräftigt wurde, daß sie sich auf keinerlei Vertrauen des Volkes berufen könne. So wertvoll die Autorität Euer Erzellenz sein mag, so darf nicht übersehen werden, daß das Vertrauen des Reichspräsidenten zur jeweiligen Regierung keine Ergänzung finden muß in dem Vertrauen des deutschen Volkes.“ Er, der Reichspräsident, bürde daher der berechtigten Hoffnung Ausdruck verleihen, daß der Reichspräsident der Regierung ebenfalls sein Vertrauen entziehe.

Mit der Versicherung meiner vorzüglichen Hochachtung habe ich die Ehre zu sein Euer Erzellenz ergebenster
gez. Göring, Reichspräsident.“

Die Antwort auf das Schreiben des Reichspräsidenten. „Die gefaßten Beschlüsse sind verfassungswidrig und somit gegenstandslos.“

Berlin. (Funkpruch.) Das geirrigte Schreiben des Herrn Reichspräsidenten des Reichstages an den Herrn Reichspräsidenten ist durch den Staatssekretär des Reichspräsidenten mit folgendem Brief beantwortet worden:
„Sehr geehrter Herr Reichspräsident! Der Herr Reichspräsident hat mich beauftragt, Ihnen den Empfang Ihres Schreibens vom 13. September 1932 zu bestätigen. Unter Hinweis auf sein gestern an Sie gerichtetes persönliches Schreiben läßt Ihnen der Herr Reichspräsident mitteilen, daß die nach Uebergabe der Auflösungsverordnung vom Reichstag nach gefaßten Beschlüsse verfassungswidrig und somit gegenstandslos sind. Der Herr Reichspräsident beabsichtigt daher nicht, aus diesen Beschlüssen Folgerungen zu ziehen.
Mit dem Ausdruck vorzüglicher Hochachtung bin ich Ihr ergebenster
gez. Dr. Meißner.“

Zwei Briefe des Reichspräsidenten an den Reichskanzler.

1) Berlin. Reichspräsident Göring hat, an den Reichskanzler v. Papen am Dienstag nachmittag zwei Schreiben gerichtet.

Das erste lautet: Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Den Vorwurf des Verfassungsverstoßes, den Sie mir in Ihrem gestrigen Briefe gemacht haben, muß ich aufs Schärfste zurückweisen. Ich stelle ausdrücklich fest, daß ich bereits die Abstimmungen eröffnet hatte, als Sie sich zum Wort meldeten. Ich bin der Auffassung, daß während einer Abstimmung, die eine unteilbare Handlung bedeutet, überhaupt keine Worterteilung gegeben werden darf. Dies beweist die bisherige Praxis aller Parlamente. Ich war also gezwungen, zunächst die Abstimmungshandlung abrollen zu lassen. Die Auflösung des Reichstages war daher nach meiner Auffassung erst nach der Abstimmung wirksam. Ich bitte Sie daher, den Vorwurf des Verfassungsverstoßes zurückzunehmen, da die Voraussetzungen für eine solche schwere Ehrenkränkung nicht gegeben sind.

Das zweite Schreiben hat folgenden Wortlaut: Sehr geehrter Herr Reichskanzler! Nachdem ich mich überzeugt habe, daß auch Minister, denen der Reichstag das Vertrauen entzogen hat, zur Gegenzeichnung eines Auflösungsdekrets berechtigt sind, habe ich meine Auffassung bereits gestern abend dahin korrigiert, daß der Reichstag formal-juristisch zu Recht aufgelöst ist und daher weitere Sitzungen oder Handlungen mit Ausnahme der in der Verfassung vorgesehenen Ausschüsse nicht stattfinden werden.

Um die Vermehrung der Arbeitsgelegenheit.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichsarbeitsminister hat zur Durchführung und Ergänzung der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit vom 5. September 1932 Vorschriften vorbereitet, die voraussichtlich am 15. September bekanntgegeben werden. Da diese Vorschriften für die Berechnung der Arbeitnehmerzahl und der Höhe der zulässigen Unterschreitungen der Tariflöhne von wesentlicher Bedeutung sind, wird es notwendig sein, daß die Betriebe vor weiteren Schritten den Erlaß der Durchführungsbestimmungen abwarten.

Sechs Nachkriegsreichstage stehen dahin. . .

Die deutschen Parlamente seit 1918 leben nicht lange. Angesichts der Kürzlichkeit des Juli-Reichstags kann man sich in Gedanken über die Vergänglichkeit parlamentarischer Körperschaften einspinnen. Nur noch ein Nachkriegsreichstag kann sich an Kürzlichkeit mit dem Juli-Reichstag vergleichen: der zweite Nachkriegsreichstag, der am 4. Mai 1924 gewählt und am 30. August des gleichen Jahres wieder aufgelöst wurde. Die anderen Nachkriegsreichstage brachten es auf ein etwas längeres Leben. Aber nicht ein einziger von den sechs deutschen Nachkriegsreichstagen hat die vierjährige Legislaturperiode voll ausnützen können. Sie starben alle vorzeitig. Die rote Karte des Reichskanzlers mit dem Auflösungsdekret des Reichspräsidenten ist beinahe ein Sinnbild des deutschen Parlamentarismus geworden.

Verhältnismäßig lange hielt sich der am 6. Juni 1920 gewählte Nachkriegsreichstag. Wenige Wochen vor Beendigung der Legislaturperiode — am 13. März 1924 — kam es zu einem Konflikt zwischen Regierung und Volksvertretung über die damals erlassenen Notverordnungen. Die Regierung löste das Parlament vorzeitig auf. Ueber den zweiten Nachkriegsreichstag haben wir bereits gesprochen. In seine Legislaturperiode fällt die berühmte Damesabstimmung. Am 7. Dezember 1924 trat dann der dritte Nachkriegsreichstag ins Leben. Auch er fand ein vorzeitiges Ende. Am 31. März 1928 — also wieder einige Wochen vor Abschluß der Legislaturperiode — mußte Reichspräsident von Hindenburg unter Berufung auf Artikel 25 der Reichsverfassung das Parlament auflösen.

Der vierte am 20. Mai 1928 gewählte Reichstag ist jenes Parlament, das am 18. Juli 1930 dem Reichskanzler Brüning die Zustimmung zu seinen Notverordnungen verweigerte. Brüning, der sich als erster Staatsmann der Nachkriegszeit zu einer autoritären Staatsführung bekannte, zog das Auflösungsdekret des Reichspräsidenten hervor. Auch der fünfte Nachkriegsreichstag — gewählt an jenem 14. September 1930 — fand ein ziemlich unruhiges Ende. Brüning vermochte zwar 1 1/2 Jahre mit diesem förmlichen Parlament zusammen zu arbeiten. Immer lauter fordernten aber schließlich die Nationalsozialisten die Reichstagsauflösung. Erst Brüning's Nachfolger, Herr von Papen, gab am 7. Juni 1932 den Wünschen Hitlers nach und löste das Parlament auf, weil es nicht mehr der Volksstimmung entsprach. Der sechste Nachkriegsreichstag wurde am 31. Juli 1932 gewählt. Da er am 12. September bereits wieder aufgelöst wurde, stellt er einen neuen Rekord an parlamentarischer Kürzlichkeit auf.

Das Spiel mit den Reichstagsauflösungen verschuldet mit dem Niedergang des parlamentarischen Gedankens in Deutschland. Immer mehr schaltete sich das Parlament selbst aus. Am Ende dieser Entwicklung stand jene „unabhängige Staatsführung“, für die sich jetzt das Präsidialkabinett unter von Papen einsetzte.

Aufruf Eugenbergs.

W Berlin. Dr. Eugen Berg hat im Namen der Deutschnationalen Volkspartei einen Aufruf erlassen, in dem es u. a. heißt:

Der fünfte Wahlkampf dieses Jahres scheint bevorzuzustehen. Die Deutschnationalen Volkspartei ist für diesen Kampf bereit. Nicht persönlicher Ehrgeiz, nicht Parteilichkeit, nicht alte Gegensätze dürfen in dieser Stunde das nationale Deutschland leiten, sondern nur der Blick auf unsere heilige Sache, auf das in allen Weltteilen eifrig festgehaltene Ziel. Wir rufen alle nationalen Deutschen in Stadt und Land, die mit uns für die Befreiung von den Fesseln von Versailles, für Wehrfreiheit, für Brot und Arbeit, für wirklich-deutsche Kultur und für die Zukunft unserer Kinder kämpfen. Ihnen allen sind unsere Tore weit geöffnet.

Wir wenden uns auch an unsere alten Bundesgenossen innerhalb der NSDAP. Den Youngplan haben wir zusammen leidenschaftlich bekämpft. Gegen die Schwarzen und gegen die Roten ging es. Wegen das Streben Brüning haben wir Schwüre ausgetauscht. Wir blieben uns treu. Es ist eine unbearbeitete Verirrung, wenn die Nationalsozialistische Fraktion nicht nur die Hilfe des Zentrums, sondern sogar der Sozialdemokraten und Kommunisten und die Waffen des Parlamentarismus gegen das heutige Kabinett in Anspruch nimmt. Zu den Waffen, mit denen die Nationalsozialisten diesen blinden und wunderlichen Kampf führen, gehören viele alte marxistische Schlagworte, darunter das Wort „Reaktion“.

Ist Reaktion die Reinigung des preussischen Staates? Ist Kampf für Wehrfreiheit Reaktion? Ist Arbeitsbeschaffung Reaktion?

Reaktion ist heute die Herrschaft der Parteien und der Bonzen. Solange das System von Weimar besteht, müssen wir Partei sein. Aber in dem Maße, in dem das Vorgehen eines organischen Volksstaates ansteigt, fühlen wir uns als das, was wir im tiefsten Grunde sind, nämlich als die Träger der künftigen Volksgemeinschaft. Dem jetzt kommenden Wahlkampf führen wir nicht als Partei, sondern als politische Armee des neuen Staates. Und der neue Staat ist die heimliche Sehnsucht von Millionen, die heute noch in der Knechtschaft der Parteien gebunden sind.

Auch Auswärtiger Ausschuss ohne Regierung.

W Berlin. Der Auswärtige Ausschuss des Reichstages, der unter dem Vorsitz des Abg. Dr. Fried (Nat.-Soz.) gestern um 3 Uhr zusammentrat, tagte ebenfalls unter starker Teilnahme der Ausschussmitglieder aller Parteien und der Vertreter des Reichsrats. Mitglieder der Reichsregierung waren auch zu dieser Sitzung nicht erschienen. Votschafter Radolny, der deutsche Vertreter auf der Abrüstungskonferenz, war vor Beginn der Sitzung mit einigen Ministerialbeamten anwesend, zog sich aber nach einem telefonischen Anruf im Auswärtigen Amt wieder aus dem Reichstagsgebäude zurück.

Auf der Tagesordnung der Ausschusssitzung stand die Besprechung des Lausanner Abkommens und der Abrüstungsfrage. Gleich zu Beginn der Verhandlungen entspann sich eine Aussprache über die Forderung auf Verbesserung von Mitteln der Reichsregierung. Im Verlauf dieser Auseinandersetzungen verließen die deutschnationalen Ausschussmitglieder die Sitzung. Der Ausschuss beschloß die Herbeiführung des Reichskanzlers, des Reichsaußenministers und des Reichswehrministers, um ihren verfassungsmäßigen Pflichten zu genügen. Nach kurzer Pause machte der Vorsitzende dem Ausschuss davon Mitteilung, daß die Bemühungen, die er sowohl schriftlich als auch durch telefonische Rücksprachen mit dem Reichskanzler und dem Reichsaußenminister unternommen habe, zu keinem Erfolge geführt hätten.

Nach längerer Aussprache nahm der Ausschuss folgenden Antrag des Abg. Dr. Bell (Zentrum) einstimmig an (die Deutschnationalen waren nicht anwesend): „Der Auswärtige Ausschuss hat auf Grund des Artikels 25 der Reichsverfassung die Zusiehung des Herrn Reichskanzlers, des

Die Reichsregierung über die staatsrechtliche Lage.

Eine amtliche Erklärung

„Der Reichspräsident hat in der Sitzung des Reichstags vom 12. September unter Nichtachtung der Vorschriften der Verfassung und der Geschäftsordnung die Verlesung der von dem Herrn Reichspräsidenten erlassenen Auflösungsverordnung verhindert. Er hat heute dem Reichskanzler mitgeteilt, daß nach seiner Auffassung die Auflösung des Reichstages erst nach der Abstimmung wirksam geworden sei. Ebenso hat der Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung die Rechtsgültigkeit der Abstimmung des Reichstages behauptet. Diese Auffassung erkennen der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung nicht an. Darüber, an welchem Zeitpunkt die Auflösung des Reichstages erfolgt, entscheidet lediglich der Herr Reichspräsident. Die Auflösung kann entweder durch Verlesung der Verordnung vor dem Reichstage oder durch ihre Zustellung an den Reichstagspräsidenten erfolgen. Mit dem Augenblick dieser Zustellung wird die Auflösung wirksam. Sie kann in ihrer Wirksamkeit nicht von dem Belieben des Reichstagspräsidenten abhängig gemacht werden.“

Die Reichsregierung hat sich bereit erklärt, mit den nach Artikel 35 der Verfassung bestellten Ausschüssen zu verhandeln. Sie muß aber, bevor sie in diese Verhandlungen eintritt, völlige Klarheit darüber haben, daß die noch vorhandenen Organe des Reichstages der sechsten Wahlperiode, das sind das Reichstagspräsidium und die beiden nach Artikel 35 der Reichsverfassung bestellten Ausschüsse, die von dem Herrn Reichspräsidenten vor den Abstimmungen beschlossene Auflösung des Reichstages und die darüber hinaus für die Reichsregierung sich ergebende staatsrechtliche Stellung anerkennen. Ohne diese Anerkennung ist die Einladung an die Reichsregierung, vor dem Ausschuss zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung sowie vor dem Auswärtigen Ausschuss zu erscheinen, auch in sich widerspruchsvoll.

Wäre der Beschluß des Reichstages rechtswirksam, welcher der Regierung das Vertrauen entzieht, so wäre diese nur noch zu einer einzigen Amtshandlung verfassungsmäßig berechtigt, nämlich zu ihrer Demission. Sache des Herrn Reichspräsidenten wäre es dann, sie mit der Weiterführung der Geschäfte zu betrauen. Solange dies nicht erfolgt wäre, könnte die Reichsregierung keine Amtshandlungen irgendwelcher Art vornehmen. Sie könnte also die Politik des Reiches vor den genannten Ausschüssen nicht vertreten. So lange der Reichstagspräsident und die Ausschüsse auf dem Standpunkt stehen, daß die Reichsregierung rechtmäßig existiert sei.

können sie unmöglich verlangen, daß diese selbe Regierung vor den Ausschüssen erscheine. Auch aus diesem Grunde muß die Reichsregierung darauf bestehen, daß der Reichstagspräsident und die Ausschüsse ausdrücklich zugeben, daß die am 12. September im Reichstag durchgeführten Abstimmungen nichtig sind. Dies Eingeständnis ist die unerlässliche Voraussetzung dafür, daß die Reichsregierung Vertreter in die beiden Ausschüsse entsendet.

Wenn der im Ersten Ausschuss angenommene Antrag Wegmann die Auflösung des Reichstages beanstandet, weil es an einem konkreten Anlaß zur Auflösung fehle, wie er angeblich im Artikel 25 der Reichsverfassung gefordert werde, so ist darauf zu erwidern, daß Artikel 25, Absatz 1, die Auflösung völlig in das freie Ermessen des Herrn Reichspräsidenten stellt. Das geht unzweifelhaft aus seinem Wortlaut hervor, in dem keinerlei Vorschrift über den Charakter des Anlasses zur Auflösung gegeben wird. Sine qua non ist auch dem Herrn Reichspräsidenten unbenommen sein, zur Vorbeugung drohender Gefahr den Reichstag aufzulösen.

Ebenso unbegründet ist die weitere Behauptung im Antrag Wegmann, daß die Auflösung gegen Artikel 48, Absatz 3, Satz 2, verstoße. Es ist selbstverständlich, daß der Reichspräsident befugt ist, den Reichstag an der konkreten Ausübung eines ihm im allgemeinen zustehenden Rechtes durch Auflösung zu hindern, wenn diese Ausübung zu einer Gefährdung des Wohles des deutschen Volkes zu führen droht. Die Entscheidung, ob das der Fall ist, steht allein im Ermessen des Reichspräsidenten.

Im übrigen kann daran erinnert werden, daß der erste Reichstag der Deutschen Republik am 13. März 1924 durch den Reichspräsidenten Ebert mit folgender Begründung aufgelöst wurde: „Nachdem die Reichsregierung festgestellt hat, daß ihr Verlangen, die auf Grund der Ermächtigungsgesetze vom 13. Oktober und 8. Dezember 1923 ergangenen und von ihr als lebenswichtig bezeichneten Verordnungen zur Zeit unverändert fortbestehen zu lassen, nicht die Zustimmung der Mehrheit des Reichstages findet, läßt ich auf Grund des § 25 der Reichsverfassung den Reichstag auf.“ Der Tatbestand war genau der gleiche wie am 12. September 1932. Auch damals handelte es sich darum, daß die Gefahr bestand, daß der Reichstag von seinem Recht zur Aufhebung von Verordnungen Gebrauch machte. Ebenfalls wie am 12. September 1932 hatte damals vor der Auflösung eine Abstimmung stattgefunden. Die Auflösung wurde widerspruchsvoll anerkannt.“

Herrn Reichsaußenministers und des Herrn Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lausanner Abkommen und die Abrüstungsfrage, die erforderlichen Auskünfte zu erhalten. Die Regierung der Reichsregierung, diesem Erlaß zu folgen, bedeutet einen Verfassungsbruch, gegen den sowohl aus Rechtsgründen wie aus zwingenden Gründen der Außenpolitik schärfste Verwahrung eingelegt wird.“

Der Ausschuss beschloß dann noch, daß die Andauerung der nächsten Sitzung in das Ermessen des Vorsitzenden gestellt werde, daß aber der Vorsitzende verpflichtet sein soll, die Sitzung sofort einzuberufen, falls mindestens zwei Fraktionen dies verlangen.

Deutschnationale und Auswärtiger Ausschuss.

W Berlin. Zu der Haltung der Deutschnationalen im Auswärtigen Ausschuss wird von deutschnationaler Seite mitgeteilt, daß sich die Reichstagsmehrheit auf den Standpunkt stelle, das Mißtrauensvotum sei rechtmäßig. In diesem Falle sei die Reichsregierung verpflichtet, zurückzutreten, und werde erst durch einen Auftrag des Reichspräsidenten wieder berechtigt, die Geschäfte zu führen und mit dem Reichstag zu verhandeln. Weber sei der Rücktritt erfolgt, noch ein solcher Auftrag erteilt. Politisch könne sich die Reichstagsmehrheit auf den Standpunkt stellen, daß eine ordnungsmäßige Reichsregierung gegenwärtig überhaupt nicht vorhanden sei. Es würde somit eine Verlegung ihres eigenen Standpunktes bedeuten, wenn sie die Herren v. Papen und v. Neurath zur Teilnahme an den Ausschussverhandlungen laden würde. Im Gegensatz hierzu halte die Reichsregierung das Mißtrauensvotum für rechtmäßig und betrachte sich als vollberechtigte Reichsregierung. Demgemäß müsse sie verlangen, als solche behandelt und auch als solche geladen zu werden. Sie könne deshalb einer Einladung nicht folgen, die an eine nicht vorhandene, gestürzte Regierung gerichtet werde. Die Deutschnationalen hätten den Ausschuss verlassen, weil der Streit zwischen der Regierung und der Reichstagsmehrheit sub judice sei.

Sitler vor seinen Unterführern.

W Berlin. In Berlin fand am Dienstag mittag eine nationalsozialistische Führerversammlung statt, an der neben dem Reichstagspräsidenten Göring auch die nationalsozialistischen Ministerpräsidenten mehrerer deutscher Länder und die Reichstagsfraktion teilnahmen. Nachdem die Abg. Dr. Fried und Göring über die Vorgänge im Reichstag berichtet hatten, gab Adolf Hitler selbst die Richtlinien für die neue Phase des Kampfes bekannt, in den die nationalsozialistische Bewegung eingetreten sei.

In einer Veröffentlichung der Nationalsozialistischen Korrespondenz wird das Ergebnis der Führerversammlung dahin zusammengefaßt: Den sozialen Freiheitskampf, der mit der nationalen Freiheit untrennbar verbunden sei, habe die NSDAP. aufgenommen und sich an die Spitze des Volkes gestellt. Sie führe diesen Kampf nicht um des Parlamentes und um materieller Vorteile willen, sondern für das Volk. Die Regierung v. Papen, die sich auf nur 42 Stimmen, auf ein Fünftel der Vertretung des deutschen Volkes, stütze, aber trotzdem, wie sie behauptet, noch vom Vertrauen des Reichspräsidenten im Amt gehalten werde, habe es in der Hand, auf welcher Ebene sie diesen Kampf fechten wolle. Auf Seiten der nationalsozialistischen Bewegung werde in diesem Kampf nicht nur das Volk, sondern auch das Recht sein. Jede Unterdrückung des legalen Kampfes der nationalsozialistischen Bewegung werde zur Waffe, die sich gegen die Unterdrücker selbst richte.

Das Zentrum gegen die Regierung v. Papen.

W Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstages hielt gestern nachmittag wieder eine längere Sitzung ab, in der sie nochmals die ganzen Vorkänge durchsprach, insbesondere die Vorgänge im Weberwahnungs- und im Auswärtigen Ausschuss. Die Fraktion nahm zum Schluß folgenden Antrag einstimmig an:

„Der Auswärtige Ausschuss wolle beschließen: Der Auswärtige Ausschuss hat auf Grund des Artikels 35 der Reichsverfassung die Zusiehung des Herrn Reichskanzlers, des Herrn Reichsaußenministers und des Herrn Reichswehrministers beschlossen, um in den für das Schicksal des deutschen Volkes entscheidenden Fragen der Außenpolitik, insbesondere über das Lausanner Abkommen und die Abrüstungsfrage, die erforderliche Auskunft zu erhalten. Die Regierung der Reichsregierung, diesem Erlaß zu folgen, bedeutet einen Verfassungsbruch, gegen den sowohl aus rechtlichen Gründen wie auch aus zwingenden Gründen der Außenpolitik schärfste Verwahrung eingelegt wird.“

Politische Aussprache bei den Sozialdemokraten.

W Berlin. Die Sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat am Dienstag in einer Aussprache, die den ganzen Tag in Anbetracht nahm, die Probleme erörtert, die den durch die Reichstagsauflösung aufgeworfen worden sind. Zugleich wurden die Aufgaben besprochen, die die bevorstehende Wahlbewegung der Partei stellt. Der Kampf soll, wie es in der Mitteilung der Fraktion heißt, nicht nur um die Erhaltung der demokratischen Freiheiten geführt werden, sondern darüber hinaus der Aufrichtung der Volksmassen zur Verteidigung und Verbesserung ihrer Lebenshaltung dienen. Zu diesem Zwecke habe die Fraktion auch bereits das Volksbegehren auf Aufhebung des sozialpolitischen Teils der Notverordnung eingelegt. Die Fraktion protestierte aufs schärfste gegen die politische Hausung in den Räumen des Reichstages in der Nacht zum 13. September, die einen Verstoß gegen die Verfassung darstelle. Die Fraktionsberatungen werden heute Mittwoch fortgesetzt.

Eine italienische Stimme für Deutschlands volle Gleichberechtigung.

W Rom. In einem Leitartikel leit ich Favera für die Notwendigkeit ein, daß Deutschland seine Gleichberechtigung auf allen Gebieten zurückerhält. Die juristische und politische Inferiorität, in der Deutschland durch den hartnäckigen und kalten imperialistischen Willen Frankreichs befallen werde, sei nicht nur absurd, sondern geradezu standeslos. Die schwere Notlage Europas sei im Grunde nur die Folge dieser absurden Lage eines arroken Volkes, das durch einen unverantwortlichen und blinden Imperialismus in dieser Zwangslage erhalten werde. Auch die inneren Hermarknisse deutschen Volkes seien eine Folge der Plektugel, die diese Nation nach dem Willen derer mit sich schleppen müsse, die für immer die Geschichte durch einen schlichten Vertrag erziehen wollen, obwohl sie die Folgen derselben beobachten könnten: Europa in seiner Einheit erlittet das soziale und wirtschaftliche Leben, verarmt, überall moralische und politische Unordnung. Solange die große politische Einheit Europas Deutschland nicht wieder in absoluter Gleichheit der Rechte und Pflichten in das Leben des Kontinents aufgenommen habe, solange seine Souveränität und Unabhängigkeit gemindert werde, solange der Völkerverbund nicht ein Bund Gleichgestellter sei im Zeichen wirklicher Zusammenarbeit von politischer Verklarung befreiter Völker, solange werde nicht der Tag für ein wieder erstarktes Europa anbrechen. Es sei nötig, daß die Wiedererlangung der Gleichberechtigung für Deutschland eine historische Notwendigkeit bedeute, die nicht dem üblichen Formalismus, der den Franzosen so teuer sei, unterworfen werden dürfe.

Selbstmord Dr. Heinrich Dehmels.

W Berlin. Der Berliner Arzt Dr. Heinrich Dehmel, ein Sohn des bekannten Dichters, hat sich in seiner Wohnung in der Potsdamer Straße 118c mit Beronal vergiftet. Wie verlautet, sollen wirtschaftliche Schwierigkeiten den durch seine gemeinnützigen Unternehmungen in weiten Kreisen bekanntgewordenen Arzt in den Tod getrieben haben.

Aufruf zu Hindenburgs 85. Geburtstag!

Berlin. Am 2. Oktober vollendet der Herr Reichspräsident sein 85. Lebensjahr. Das ganze deutsche Volk ist von dem Wunsche erfüllt, dem Herrn Reichspräsidenten an diesem Tage seine Verehrung und Dankbarkeit kundzutun. Zum Festfeiern sind die Zeiten zu ernst und zu schwer. Dem Volk, das Hindenburg durch sein Leben und Wirken im opfervollen Dienste für das Vaterland gegeben hat, entspricht es, wenn sich das deutsche Volk mit ihm in väterländischer Sympathie zur Väterung von Leib und Not zusammenfindet. Das „Kuratorium der Hindenburgpende“, der Schöpfung des Reichspräsidenten, hat unter dem Motto: „Ist Hindenburg helfen“ sich mit der Bitte an die Öffentlichkeit gewandt, der Stiftung neue Mittel zur Verfügung zu stellen, als Zeichen der Dankbarkeit für ihren Schöpfer. Damit soll dem Unterhaltungsamt die Möglichkeit gegeben werden, auch weiter Rat und Geld unter den Kriegsschicksaligen und ihren Hinterbliebenen zu spenden. Reichsregierung und Länderregierungen stellen sich hinter diese Bitte. Zum Hindenburgtag eine Opferpende für Hindenburgs Werk väterländischer Hilfe!

Helf Hindenburg helfen!

Beiträge zur Hindenburgpende können eingezahlt werden auf das Postkontokonto Berlin Nr. 73800 (Berlin NW 40), auf das Reichsbankkontokonto, auf die Konten bei nachstehenden Bankhäusern und ihren Zweigstellen: Reichskreditgesellschaft A.-G., Deutsche Bank und Diskontogesellschaft, Bayerische Hypothek- und Wechselbank, Bankhaus Gebr. Arnhold, Bankhaus Wendelschohn u. Co., ferner bei allen deutschen Postanstalten.

Rücktritt der chilenischen Regierung.

Militärputsch in Chile.

Berlin. Wie aus Santiago de Chile gemeldet wird, ist der Rücktritt der chilenischen Regierung auf eine gegen den Präsidenten Davila gerichtete Militärrevolte zurückzuführen. Die Revolte steht unter Führung des Kommandanten des chilenischen Fliegerkorps Merino. Das Fliegerkorps steht geschlossen hinter Merino, der im Namen des Korps in einem Ultimatum an Davila gedroht hat, die Regierungsgedäude in Santiago bombardieren zu lassen, wenn Davila nicht bis zum späten Abend zurücktreten sei. Der unmittelbare Anlaß zu der Revolte ist der Verdacht Davilas, Merino, dessen Haltung schon seit einiger Zeit nicht mehr als loyal galt, seines Postens zu entheben. Santiago de Chile. (Funknachricht.) Nach dem Rücktritt des Präsidenten Davila hat Oberst Merino seine provisorische Regierung gebildet und den Posten des Präsidenten dem Oberbefehlshaber des Heeres General Blanco übertragen.

Gorguloff hingerichtet.

Paris. (Funknachricht.) Gorguloff, der Mörder des Präsidenten Doumer, ist heute um 5,52 hingerichtet worden. Er starb, ohne seine Frau noch einmal gesehen zu haben.

Heute früh wurde er vom Vertreter des Staatsanwalts, der von Justizbeamten begleitet war, arretiert. Er schielte in der Hölle des zum Tode Verurteilten. Hier wurde ihm feierlich eröffnet, daß seine Begnadigung abgelehnt worden sei.

Gorguloff wurde nach fürs Schaffot herabgeführt. Man schritt ihm den Demdritten ab und bereitete ihn auf seinen letzten Gang vor. Auf dem Wege zur Richtstätte sprach Gorguloff viel von seiner Frau und hat seine Verleumdung, man möge ihr doch sagen, daß er sie nicht liebt habe und daß er sie für alles um Vergebung bitte, was er ihr antat. Sie möge das Kind, das sie in einigen Wochen erwartet, gut, d. h. in seiner Ideenwelt aufziehen.

Gorguloff trank noch zwei Gläser Rum, die man ihm anbot, die traditionelle Raquette lehnte er ab. Dann umarmte er den Geistlichen und beküßte das Schaffot. Noch einmal rief er aus: „Ich bitte alle um Vergebung“. Seine letzten Worte waren: „Ruhland, Ruhland, ob mein Vaterland!“ Zu irgend welchen Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die Konferenz von Strein.

Strein. Im Unterausschuß des Wirtschaftsausschusses wurde gestern nachmittags der von den drei Großmächten vorgelegene Konventionentwurf durchgearbeitet, wobei verschiedene Abänderungsanträge gemacht wurden. Im Laufe der Verhandlungen zeigte sich, daß die im Konventionentwurf vorgesehene Beitragsleistung im Vordergrund steht. Da dieses Problem ins Finanzgebiet hinüberreicht, ist beschlossen worden, die Frage der Beitragsleistung dem Finanzkomitee zu überweisen. Im Finanzkomitee ist heute die Frage eines Stabilisierungsfonds für die notleidenden Länder erörtert worden, den insbesondere Frankreich und auch Belgien beistimmen. England steht nach wie vor dem ganzen Plan negativ gegenüber. Die Verhandlungen werden heute Mittwoch weiter fortgesetzt.

Polizei-Untersuchungsausschuß

des Preussischen Landtags.

Berlin. In dem Untersuchungsausschuß des Preussischen Landtags, der sich auf nationalsozialistischen Antrag mit dem Vorgehen der Berliner Polizei bei dem Anschlag der Marine-Wache zur Stagerfest beschränkt, wurde am Dienstag die Jugendvernehmung fortgesetzt.

Die als Zeugen vernommenen Polizei-Diener saßen aus, die Anwendung des Gummiknüppels sei notwendig gewesen, weil die Menschenmenge verlorst habe, an der Moltkebrücke die zum Schutz der Baumwelle aufgestellte polizeiliche Sperre zu durchbrechen. Ein Polizei-Oberwachmeister, der selbst an der Stagerfest-Schlacht teilgenommen hat und an dem israelischen Tage seine Oeden angelegt hatte, bekundete, daß ihm von einem jungen Menschen die Orden abgerissen und auf die Straße geworfen worden seien. Der Täter habe nicht festgehalten werden können. Von den Zivilzeugen wurde das Vorgehen der Polizei als unnötig brutal bezeichnet.

In diesem Sinne sprachen sich mehrere Polizeibeamte aus, die im Landesfinanzamt am Lehrter Wätereisenhof tätig sind und sich beim Aufheben der Marinewache auf die Straße begeben hatten. Der eine dieser Beamten bekundete, die Polizei habe auch künftige Nationalsozialisten verfolgt und auf sie eingeschlagen. Polizeimeister Scherzbeck erklärte das für ausgeschlossen. Wenn nachgewiesen würde, daß Beamte in dieser Weise gegen künftige Menschen vorgegangen seien, dann würde gegen diese Beamten das Disziplinarverfahren wegen Mißhandlung eingeleitet werden. Eine Frau, die nach den Befragungen der bekannten Gummiknüppelträger über den Kopf erhalten

hatte und dem Namen in der Postkarte des Anheftungsamtes mit Umkleisen behandelt wurde, bekundete als Zeugin diese Angaben. Die Leute aber auch aus, daß die Schenkente erst angeschlagen hätten, als die Menge von Rutenknüppeln aufgelöst wurde, die Sperre zu sprengen.

Als auf Anregung eines Ausschussesmitglied der Vorstände nochmals das Photographieren im Verhandlungsraum des Ausschusses verbot, fracht der Anwalt Volkmann Scherzbeck, ob die photographischen Bilder und Platten nicht beschlagnahmt werden könnten. Es sei für die Vollstreckung eine unangenehme Sache, daß ihre Bilder gewissermaßen als Strafbrief veröffentlicht würden. Abm selbst sei bereits telephonisch aus dem Büro seiner vorerfekten Poststelle von einem Unbekannten angedroht worden, er würde erschossen werden.

Deute Mittwoch soll die Verhandlung fortgesetzt werden.

Die Streikfrauen des Rundfunks.

Berlin. Reichs Rundfunkkommissar Dr. Scholz stellte sich am Dienstag der Presse in seinem neuen Amt vor. Er bedauerte bei dieser Gelegenheit, noch nichts Endgültiges über die beschlossene Reform des Rundfunks sagen zu können, da alle Vorbereitungen dafür noch im Laufe seien und es sich, wie schon aus den vor Wochen veröffentlichten Richtlinien der Reichsregierung herorgabe, um eine sehr umfassende Reform handele. Dr. Scholz glaubt jedoch, daß die Öffentlichkeit schon zu Anfang nächster Woche über die wichtigsten Fragen unterrichtet werden kann; dazu gehört insbesondere die Organisation der Vorkommnisse bei der Reichs Rundfunk-Gesellschaft, die Frage, wie die Reichs Rundfunk-Gesellschaft künftig nach einem bestimmten Schema aufgebaut werden sollen, ferner die Organisation des Reichsenders und die der Dradag, die bisher die einzelnen Sendeeinrichtungen zentral mit Tagesnachrichten versorgte. Im Absehn betonte Dr. Scholz, wie er es bereits in seinem Rundfunkvortrag getan hatte, daß aus dem deutschen Rundfunk ein bewußt deutscher Rundfunk gemacht werden solle. Er sei sich darüber klar, daß wenn man die Politik ausschalten wolle, eine bestimmte Definition für das Wort Politik schwer zu finden sei. Der Grundlag, keine Parteipolitik im Rundfunk anzulassen, werde aber in den endgültigen Richtlinien mit aller Schärfe zum Ausdruck gebracht werden.

Gegenüber den zahlreichen Angriffen, die gegen den Reichs Rundfunkkommissar Dr. Scholz wegen seiner parteipolitischen Haltung in der Öffentlichkeit erhoben worden sind, erklärte Dr. Scholz vor der Presse, er sei seiner Weltanschauung nach kein rechtsgerichtet gewesen und habe daraus auch niemals gegenüber seinen Vorgesetzten ein Hehl gemacht. Er sei auch niemals Mitglied der Deutschen Volkspartei gewesen, sondern habe nur, bevor er Nationalsozialist geworden sei, der Deutschnationalen Partei angehört. Generallieutenant Dr. Scholz, daß er auf Schleichwegen verfuhr habe, als Beamter beider zu werden; er verzichtete darauf, solche Annäherung noch genauer zu erörtern. Im übrigen sei für die Parteipolitik, auch soweit er darauf Einfluß habe, ausschließlich die sachliche und sachliche Eignung des Kandidaten ausschlaggebend. Geradezu ein Unflug sei es, wenn davon geredet werde, daß er selbst bei der Besetzung der Stellen im Rundfunk Mitglieder des Herrenklubs bevorzugt.

Berlin. Die durch die Reichstagsauflösung geschaffene Lücke hat den Rundfunkkommissar des Reichsministers des Innern, Ministerialrat Scholz, veranlaßt, um jeden Anzeichen parteipolitischer Rücksichten in seiner Amtsführung zu vermeiden, im Winternehmen mit der NSDAP, als deren Mitglied aufzutreten.

Eine englische Stellungnahme zugunsten der deutschen Gleichberechtigungsforderung.

London. Im „Star“ beschließt sich Gardiner mit der deutschen Gleichberechtigungsforderung und betont, daß das entwarfene Deutschland heute einem Kriegszustand gleich, der von Nützlichkeiten umgeben sei, wie sie fürchterlicher die Geschichte nie gekannt habe. 60 Mill. des fleißigsten und intelligentesten Volkes der Welt könnten nicht auf ewig in ein Gefängnis eingesperrt bleiben. Es war französische Politik, fährt der Artikel fort, die in Deutschland die Diktatur an die Macht brachte, die nunmehr der Welt ihr Ultimatum anerkennend hat: Abrüstung — oder wir rücken auf. Im weiteren greift Gardiner die manieren Erachtens der Abstruktionskonferenz an und findet scharfe Worte gegen den englischen Außenminister Sir John Simon und die „schlacke, rhetorische und zweideutige Haltung“ der englischen Regierung. Gardiner empfiehlt, daß MacDonald Frankreich gegenüber in fester Weise erklären solle, daß England sich für die in Versailles gegebenen Verpflichtungen einsetzt und daß es den Hoover-Vorschlag, nicht bloß wie Simon „interessant“, sondern als das direkteste und praktischste Mittel für die Einlösung dieses Wertversprechens erachte.

„Gleichheit der Nationen in der Abrüstung“.

Ein Artikel Sanderfons.

London. Unter der Überschrift „Gleichheit der Nationen in der Abrüstung“ erklärt der Präsident der Abrüstungskonferenz, Sanderfon, in der „News Chronicle“, daß die Abrüstungskonferenz nach Wiederaufnahme der Sitzungen endgültig zum Handeln verpflichtet sei, denn sie habe erklärt, daß alle Nationen weitestgehend und umfassende Abrüstungsmassnahmen ergreifen müßten. Die Abrüstungskonferenz habe bei ihren Verhandlungen folgende drei festgelegten Grundfragen zu lösen:

1. der Simon-Entschließung über die qualitative Abrüstung,
2. den von dem amerikanischen Vertreter Gibson unterbreiteten Vorschlägen und
3. der Notwendigkeit eines Fortschrittes in dem Grundlag der Rüstungsgleichberechtigung zwischen den Besiegten und den Siegermächten.

Falls in diesen Punkten eine Einigung erreicht werden könnte, würden wichtige Abrüstungsmassnahmen sofort folgen. Die Frage der Gleichberechtigung, so erklärt Sanderfon, sei die wichtigste und schwierigste Frage. Wenn man nicht annehme, daß die besiegten Staaten in einem Zustand der Minderwertigkeit erhalten bleiben sollten, so müßte anerkannt werden, daß jedes feste System einer Rüstungsüberlegenheit nur dann vollständig sein könne, wenn es sich auf die Gleichheit der Rechte und Pflichten stütze. Sanderfon schließt mit einer optimistischen Beurteilung der Aussichten der Abrüstungskonferenz.

Bestätigtes Todesurteil.

Leipzig. Unter Verwerfung der vom Angeklagten eingelegten Revision bestätigte der Ferienkammer des Reichsgerichts gestern die vom Schwurgericht Altona am 28. Mai ds. Js. gegen den Reisenden Gustav Rabbel wegen Mordes in Lateinzeit mit Einbruchsdiebstahl verhängte Todesstrafe. Rabbel war bei einem Einbruch in das Grundstück des Kapitäns Hauschild in Blankenese von dessen Ehefrau überrascht worden und hatte die Weibliche mit einem Schäl erwürgt.

3 hundertfeier des Gustav Adolf-Vereins.

An der Rundgebung um Völkerschlagdenmal beteiligten sich geschlossen:

Christliche Jugend, Jugendgruppen des Vereins für das Deutsche Volk im Ausland, Bismarckjugend, Schornhorstjugend, Bund Rönning Luise, Frauengruppen der Militärvereine, Vereinte Offiziersverbände, Deutsche Ehrenleute, Großturnman des Leipziger Schachklub (D.L.), Leipziger Musikantenbund, Stahlhelm, Wehrmacht, Jungmännerorden, Standarte 107 der NSDAP, Leipziger Schützen-gesellschaft, Grimmitzauer Schützenverein.

Bruchwort des Landesbischofs D. Schmels.

Im Namen unserer Landeskirche enthielt ich der Jubiläumfeier des Gustav Adolf-Vereins und allen teilnehmenden Gatten herzlichste Grüße. Wir freuen uns, daß die bedeutsame Feier am Boden unserer Landeskirche stattfindet, und wir wünschen von Herzen, daß dem Verein wie unserer Landeskirche aus der Feier rechter reichlicher Segen erwache.

Schon das allein dünkt mich ein rechter Gewinn dieser Tage, daß wir eine Gemeinschaft erleben, die über alle nationalen Grenzen hinaus und allen anderen Unterleiden zum Trost die evangelischen Christen in der Einheit ihres Glaubens verbindet. Wie unsere Kirche mit Bewußtsein Volkskirche sein will, so sammle sich das Kirchenvolk zu gemeinsamem Bekenntnis und gemeinsamem Gedächtnis. Durch unsere Zeit geht ja eine schmerzliche Herrlichkeit. Sie droht nicht bloß die Völkermacht vollends auseinanderzureißen, sondern auch in der eigenen Volksgemeinde wirkliche Einheit unmöglich zu machen. Unsere Taube werde zu einem kraftvollen Zeugnis, daß uns dennoch eine Einheit verbindet — eine Einheit im Götlichen, die eben darum aber auch sich auf das einzelne nach außen auswirken mag.

Wird uns aber dazu das Gustav Adolf-Fest geeignet, so geloben wir umgekehrt der Sache des Gustav Adolf-Vereins und aller Diasporarbeit neue Treue. Wie der Verein von seiner Entstehung an mit unserer Landeskirche eng verbunden gewesen ist, so will unsere Kirche auch weiterhin ihm dienen und durch ihn den Bekämpfern und Schweltern draußen. In diesem Sinne rufe ich dem feiernden Verein ein frohliches, tapferes Vorwärts zu.

Eine Erklärung der Christlich-Sozialen.

Berlin. Die Reichstagsgruppe des Christlich-Sozialen Volksdienstes veröffentlicht zu den Vorkäufen im Reichstag eine Erklärung, in der es heißt, der Volksdienst habe Regierung und Parteien stets vor den Gefahren der Entwicklung, die zu dem heutigen unhaltbaren innerpolitischen Zustand geführt habe, gewarnt. Nach der Reichstagswahl habe er die dringliche Forderung der Zusammenfassung aller wertvollen väterländischen Kräfte erhoben. In verständnisvoller Weise hätten sowohl die in Betracht kommenden Parteien als auch die Regierung das Gebot der Stunde verkannt. Der Volksdienst lehne jede Verantwortung für diese Entwicklung ab. Bei der Abstimmung am Montag hätten sich die Volksdienstvertreter enthalten, einmal, weil die Zulässigkeit der Abstimmung fraglich war, und zum anderen, weil es durch die sofortige Abstimmung und Veroppelung der Abstimmungsanträge mit den Anträgen auf Aufhebung der Notverordnung dem Volksdienst unmöglich gemacht worden war, sowohl seine scharfe Ablehnung der sozialpolitischen Maßnahmen als auch seine Zustimmung zu wichtigen innerpolitischen Entscheidungen der Regierung zum Ausdruck zu bringen. Die Reichstagsauflösung beschwöre ernste Gefahren für die Zukunft herauf. Die Erklärung schließt mit einem Appell, durch Schaffung einer deutsch-evangelischen Volksfront mitzuhelfen, den herrschenden Parteigegensatz zu brechen und den Weg für eine verantwortungsbewusste und vom Vertrauen des Volkes getragene Staatsführung freizumachen.

Einfach der evangelischen Jungmännerbünde in den freiwilligen Arbeitsdienst.

Berlin. Die Abteilung für Arbeitslosendienst im evangelischen Jungmännerwerk hat eine umfassende Bestandsaufnahme sowohl der arbeitslosen evangelischen Jugendlichen im Alter von 18—25 Jahren wie auch der Arbeitsdienstwilligen in ihrer Mitte veranlaßt. Auf Grund derartiger Vorkarbeiten sind nun in allen Teilen des Reiches Arbeitsdienstlager unter der einheitlichen Benennung „Jugendfreiwilliger der Arbeit“ eingerichtet oder im Entstehen. Das evangelische Jungmännerwerk Deutschlands, das schon 468 hauptamtliche Führer zählt, hofft, auch im kommenden Winter seinen Dienst an arbeitslosen evangelischer Jugend, unabhängig von der Zugehörigkeit zu Bänden oder politischen Parteien, der bereits im vorigen Winter eine Million Verpflegungstage überschritt, stark erweitern zu können.

Ueber zwei Millionen Tagewerke in der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge.

Berlin. Nach dem Bericht der Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung folgte dem Tiefstand bei den Notstandsarbeiten der werkschaffenden Arbeitslosenfürsorge zu Beginn des Rechnungsjahres 1932 eine erneute Belebung. Von 13 748 Notstandsarbeitern Ende März 1932 stieg die Zahl der Beschäftigten bis 30. 4. auf 28 261, bis 30. Juni 1932 auf 44 889. Sie erreichte hiermit allerdings noch nicht den Stand von Ende Juni 1931 mit 59 470 Notstandsarbeitern; doch lag sie bereits wieder über der Durchschnittszahl des gesamten Rechnungsjahres 1931 (33 088). Die weitaus stärkste Beteiligung weist wiederum das Landesarbeitsamt Ostpreußen mit 18,4 Prozent Notstandsarbeitern im Verhältnis zu den Hauptunterstützungsempfängern auf. Der Reichsdurchschnitt beträgt nur 1,8 v. H. für den Stichtag des 30. Juni. Nach Ostpreußen folgten die Landesarbeitsämter Bayern und Süddeutschland mit je 3,4 Prozent. Bei Maßnahmen mit verstärkter Förderung waren Ende Juni 1932 43,4 Proz. aller Notstandsarbeiter beschäftigt gegenüber 55 Prozent Ende März.

Die Zahl der abgeleiteten Tagewerke betrug im ersten Vierteljahr 1932 insgesamt 2 267 898. Der größte Anteil der Tagewerke entfiel auf die Gruppe der Reitorationen; an diesen wiederum ist am stärksten das Landesarbeitsamt Ostpreußen mit 145 400 geleisteten Tagewerken beteiligt. Die Gesamtzahl der Tagewerke für Reitorationen wurde mit 707 208 ermittelt; es folgten die Straßenbauern mit 289 211, die sonstigen Tiefbauern mit 91 191 und die sonstigen verwendeten Anlagen, Kraftgewinnung, Gasfernversorgung usw. mit 28 899 Tagewerken. Hierbei handelt es sich lediglich um Maßnahmen die nur mit Grundförderung durchgeführt wurden. Zu jeder der erwähnten Kategorien kommen noch je über 100 000 Tagewerke, bei denen auch die verstärkte Förderung einsetzt.

Der Briefwechsel um die Reichstagsauflösung.

Wahrscheinlich abschließende Stellungnahme des Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, ist das Reichskabinett heute mittag zu einer Besprechung der politischen Lage zusammengetreten. Politische Beschlüsse sind bei dieser Kabinettsitzung nicht zu erwarten.

Im Laufe des Vormittags sind übrigens bei der Reichsregierung noch weitere Schreiben eingegangen, die gemeinsam von dem Reichspräsidenten Göring und dem Vorsitzenden des Ueberwachungs Ausschusses Köbe unterzeichnet sind. Von diesen Schreiben ist eines gerichtet an den Reichspräsidenten und abschließend dem Reichskanzler zugeleitet, und ein weiteres Schreiben ist dem Reichsminister des Innern Freiherrn von Kaas überreicht worden. Wie von zuständiger Stelle erklärt wird, beabsichtigt die Reichsregierung nicht, von sich aus diesen Briefwechsel fortzusetzen. Es ist anzunehmen, daß der Reichspräsident abschließend in einem Schreiben zu den genannten Ereignissen Stellung nehmen wird. Für die künftige Beteiligung der Reichsregierung an den Verhandlungen der beiden Ausschüsse dürfte, nach Ansicht der Reichsregierung, nahestehe-der Kreise, durchaus eine dem gestrigen Verlangen der Reichspräsidenten entsprechende Willensklärung des Reichstagspräsidenten Göring genügen, da ja seinem Schreiben hervorgeht, daß er sich mit den Auffassungen des Ueberwachungs Ausschusses identifiziert hat.

Die Reichsregierung hat sich noch nicht mit der Frage des Termins der Neuwahlen beschäftigt; ebenso hat sie auch noch nicht zu der Frage Stellung genommen, die in den

stirigen Beratungen des Ueberwachungs Ausschusses an-gerungen ist, daß nämlich nach der Verfassung die beiden Hän- deln Ausschüsse das Recht haben, sich als Untersuchungsa- schüsse zu konstituieren und dann in dieser Eigenschaft die Mitglieder der Reichsregierung vorladen können.

Berlin. (Funkpruch.) Die für 3 Uhr nachmittags an-beraumte Sitzung des Ueberwachungs Ausschusses des Reichs- tages ist auf 5 Uhr nachmittags vertagt worden. Wie ver- lautet, sind Beratungen im Gange, dem Reichstagsprä- sidenten Göring und die Nationalsozialisten noch zu einem weiteren Nachgeben zu veranlassen, um auch die Auflösung, daß die nach dem Auflösungsakt vorgenommenen Abstim- mungen über Notverordnungen und Mißtrauensanträge rechtskräftig seien, zu realisieren. Der gestrige Beschluß des Ueberwachungs Ausschusses, der die Rechtskräftigkeit dieser Abstim mungen nochmals festsetzt, ist nur mit den Stimmen der Nationalsozialisten und der Kommunisten anhand- gekommen, während die anderen Parteien den Standpunkt vertreten, daß diese Abstimmungen keine Rechtskräftigkeit be- sitzen, weil sie nach der Auflösung vorgenommen worden sind. Eine Aenderung der Auffassung der Nationalsozialisten und damit auch eine Zurücknahme der ersten Mitteilung des Reichstagspräsidenten an den Reichskanzler würde dem von der Regierung angegebenen Hindernisgrund, vor dem Ausschuß zu erscheinen, aus der Welt schaffen. Es ist aber noch nicht sicher, ob es gelingt, die nationalsozialistische Auffassung zu ändern.

Expeditionsteilnehmer sind unter Führung des Biologen Polachin auf Rudolf-Land zurückgeblieben und werden dort überwintern.

Die Frage der Reichsbahnaufräge.

Forderungen des Vereins Deutscher Eisen- und Stahlindustrieller.

Berlin. Der Verein Deutscher Eisen- und Stahl- industrieller hat in einer Eingabe an die General- direktion der Deutschen Reichsbahn die große Arbeitsnot der Eisenwirtschaft dargelegt und nachgewiesen, daß der große Auftragsmangel für Inlandlieferungen haupt- sächlich auf die Zurückhaltung der öffentlichen Hand zurück- zuführen sei. Im Interesse einer besseren Beschäftigung der deutschen eisenhaltenden Industrie und zahlreicher Zweige der Verarbeitung macht der Verein den Vorschlag, daß unterjährig ein großer und langfristiger Beschaf- fungsplan der Reichsbahn aufgestellt wird.

Die deutsche Vertretung in Genf.

Berlin. (Funkpruch.) Bei der kommenden Haupt- versammlung des Völkerbundes in Genf werden für Deutschland als Hauptdelegierte fungieren Reichsaußen- minister von Neurath, Gesandter von Rosenberg und Mi- nisterialdirektor Dr. Gaus, stellvertretende Delegierte sind Staatssekretär J. D. von Rheinbaben, Gesandter Goeppert und Gesandter Weisleder. Die übrigen Mitglieder der deut- schen Delegation sind noch nicht bekannt.

Ueber die Frage der deutschen Beteiligung an dem Büro zur Vorbereitung der Abrüstungskonferenz und die in die- ses Büro zu entsendenden Delegierten ist noch keine endgül- tige Entscheidung gefaßt.

Die politische Lage in Danzig.

Danzig. (Funkpruch.) Die Regierungsparteien be- schäftigten sich heute mittag mit der durch die Entwürfe der Nationalsozialisten entstandenen Lage. Sie beschloßen ein- mütig, einen Antrag auf Auflösung des Volkstages aus- innen- und außenpolitischen Gründen unter allen Umstän- den abzulehnen.

Letzte Funkpruch-Meldungen und Telegramme

vom 14. September 1932

Ein Polizeibeamter von einem Fahrraddieb niedergeschossen.

Berlin. (Funkpruch.) Der 33jährige Polizeiober- wachmeister Otto Diegls wurde heute mittag in Wi- lmerdorf von einem Fahrraddieb, den er verfolgt hatte und feilschen wollte, niedergeschossen und getötet. Der Täter, dessen Personalien noch nicht feststehen, erschloß sich dann selbst in einem Vorgarten der Mansfelder Straße.

Warenkoffenschlag in Weihenhorn.

Kugsbura. (Funkpr.) Auf das Anmelden des Amts- anwalts beim Weihenhorner Amtsgericht, Inspektor Weber, wurde heute gegen 12.30 Uhr nachts eine Wurfmine ge- worfen. Die Explosion richtete großen Sachschaden an; verletzt wurde jedoch glücklicherweise niemand. Die Wurf- mine war 7,5 Zentimeter lang und wurde mittels einer 2 Meter langen Blindmine zur Explosion gebracht. Die Hauswand hat ein recht großes Loch davon getragen. Die Erschütterung war auch in den umliegenden Straßen zu spüren. Die sofort aufgenommenen Ermittlungen haben bisher noch zu keinem Anhaltspunkt geführt. Auch das Motiv der Tat ist unbekannt.



Die meisten Leute wissen es nicht, daß Roharbeit jetzt im Preise sehr wackelig ist. Roharbeit ist aber auch im Grunde billiger als Fertigleistung, weil die dem Arbeiter angebotene Kleidung viel länger hält. Der fort- schrittliche Schneidermeister legt das der Kundenschaft durch die billigen kleinen Anzeigen im Rielaer Logo- Blatt, die für kleinen Umlauf sorgen.

Großhandlauer Ferkelmarkt am 13. September 1932. Zufuhr: 203 Ferkel. Preis eines Ferkels 6-11 RM. Ausnahmen über Rottj. Geschäftsgang: langsam.

Tagung des Jungdeutschen Ordens in Weizen

Von Professor H. Vogel, Dresden.

Die Halle Elbgau des Jungdeutschen Ordens hält Sonnabend und Sonntag in Weizen eine Halleitagung ab, zu welcher der Reichsführer der jungdeutschen Bewegung, Artur Mahraun, der Landesführer von Sachsen, Max Laße, die Einheiten der Halle Elbgau und Abordnungen aus den anderen sächsischen Hallen erwartet werden. Im Rahmen der Tagung findet am Sonntagabend eine große Kundgebung statt, bei welcher Artur Mahraun sprechen wird. Am Sonntag verjammeln sich die Einheiten zum Gottesdienst im Dom. Danach finden auf dem Sportplatz Weizenübungen statt, an welche sich ein Marsch durch die Stadt anschließt. Er endet nach dem Vorbeimarsch vor dem Hochmeister Artur Mahraun am Ordensheim, dessen Weize den Abschluß der Tagung bildet. So hat man die Möglichkeit, sich unmittelbar überzeugen zu können von dem Willen, das in der jungdeutschen Bewegung lebendig ist und von dem Geiste, der ihre Glieder befeuert. Sie werden dabei selbst beurteilen können, wieviel von den Annahmen und Verkündungen wahr ist, mit denen der Jungdeutsche Orden im Laufe der Zeit von vielen Organi- sationen, darunter auch von solchen, die sich „national“ nennen, bekämpft worden ist. Alle diese Verkündungen der öffentlichen Meinung konnten nur bewirken, daß er auf seinem Wege gehemmt, aber nicht zertrümmert wurde, daß die Ordensschwestern und -brüder immer fester mit ein- ander verbunden und von einem Geiste gemeinschaftlichen Denkens und Empfindens erfüllt wurden, an welchem alle Angriffe von außen machtlos abprallten.

Dieser Geist, in welchem die jungdeutsche Bewegung auch fernerhin für die Erreichung der von ihr als richtig erkannten Ziele kämpfen wird, ist ihr in den Anfängen ihres Bestehens von ihrem Führer Artur Mahraun einge-impft worden. Hervorgegangen aus einer Offizierskom- panie, die Artur Mahraun gründete, als in den Jahren unmittelbar nach dem Umsturz Verderben von außen und innen unter dem Staat drohte, hat der Jungdeutsche Orden überall gefolgt, wo der Bolschewismus im Innern die Herrschaft an sich zu reißen oder äußere Feinde das Gefüge unseres Staates zu zertrümmern ver- suchten, in Mitteldeutschland, an den Ostgrenzen gegen die Polen, im Ruhrgebiet gegen die Franzosen. Aber seitiger als die Führer anderer nationaler Verbände erkannte Artur Mahraun, daß durch die geschichtliche Ent- wicklung die Zeit bald überwunden sein werde, in der es für einen reinen Wehrverband noch Aufgaben gäbe, die der Lösung entgegengeführt werden müßten. So warf er das Feuer herum, indem er der von ihm begründeten Bewegung die viel weiter greifende und den Wehrge- danken in sich schließende Aufgabe stellte, den deutschen Staatsbürger zu bilden, der nach der Beseitigung der früheren Dynastisch-monarchischen Gewalt auf dem Ge- biet politischer Entwicklungen die Gestaltung seines Ge- schicks selbst in die Hand nehmen könne.

Es ist eine frühe Erkenntnis innerhalb der jungdeut- schen Bewegung, daß das nicht möglich ist unter Anwen- dung der Mittel und unter Beherrschung der Wege, mit denen der Parteilismus demokratischer oder reaktionä- rionierender oder liberalistischer Prägung Politik zu machen vermag. Es ist eine früh entstandene Ueberzeu- gung im Jungdeutschen Orden, daß der deutsche Staats- bürger, der trachtbar in das politische Geschehen sich ein- mischen kann, in dem politisch anders Denkenden nicht nur den Gegner oder einen Feind und Verräter zu sehen sich gewöhnen darf, sondern den Schicksalsgenossen, der aus irgendwelchen begreiflichen oder vielleicht auch unbegreif- lichen Gründen anders als man selbst es auf dem politischen Geschehen sieht. So hat der Jungdeutsche Orden in dem Gefühl seiner Verantwortung dem deutschen Volke gegen- über an der Lösung einer Aufgabe gearbeitet, die keine Partei im Ernste lösen kann: an der Herstellung der deut- schen Volksgemeinschaft als der Grundlage deutscher Macht und neuen deutschen Aufstiegs.

So hat er eine Politik getrieben, die nur zu oft ge- richtet war gegen den Geschmack der Interessengruppen, die in den Parteien und auch in anderen politischen Organi- sationen bestimmt sind. Er hat dabei mit Genug- tunung festgestellt können, daß die verschiedenen politi- schen Organisationen, obwohl sie viele von ihm propa- gierte Ziele zunächst ablehnten, schließlich doch in seine Linien einschwenkten. Es sei erinnert an die außenpoliti- schen Gedanken der jungdeutschen Bewegung, die zuerst von dem sich national nennenden Lager des deutschen Vol- kes als Landesverrat bezeichnet wurden, während wenige Jahre danach der Stahlhelm und die Deutschnationale Volkspartei dieselbe Politik für richtig hielten und nach den Reichstagswahlen des Jahres 1930 selbst Adolf Hitler einen Vorstoß in der gleichen Richtung unternommen hat, alleamt leider nur zu spät, zu einer Zeit, als Erfolge auf diesem Wege nicht mehr möglich waren. Dasselbe gilt von den Aufgaben, die sich der Jungdeutsche Orden innenpolitisch gestellt hat. In seinen ersten Forderungen gehört die Volkswirtschaft für die heranwachsende Jugend und als Vorbereitung dazu der freiwillige Arbeitsdienst.

So wird der Jungdeutsche Orden seinen Weg weiter- gehen, wie er ihn bisher gegangen ist, frei von allen äußeren und materiellen Bindungen, frei von allen aus der Vergangenheit stammenden und für die Ge- staltung der Zukunft unrichtigen Vorurteilen. Er wird seinen Weg gehen unbekümmert um alle Gegner oder Feindschaften, die ihm dabei zuteil, dankbar für jede Hilfe und Zustimmung, durch die ihm die Erreichung seiner Ziele erleichtert wird. Er wird seine Forderung an- melden für die Einberufung einer National- versammlung, der die Aufgabe zufällt, unseren Staat neu, im deutschen Sinne, zu ordnen, nachdem die par- teilistisch-demokratische Staatsordnung mäßiger Prägung sich unlöslich erwiesen hat, dem deutschen Volke zu neuem Aufstiege zu verhelfen. Er wird seine Stimme erheben zur Durchführung einer gesunden Reichsreform, die unserer Volkswirtschaft wirtschaftliche Entlastungen bringen und uns betreten soll von dem macht- und träge- ersärenden Auswirkungen partikuläristischer Vorurteile.

Die Neuregelung des Butterzoll

Wie die Industrie- und Handelskammer Dresden mit- teilt, haben die sächsischen Industrie- und Handelskammern in einer Besprechung mit der sächsischen Landwirtschaftskammer über die Regelung der Einfuhr von Molkereiprodukten fest- gestellt, daß der bestehende Zollfuß für Butter und Mol- kereiprodukte in seiner Gesamtwirkung von den sächsischen Industrie- und Handelskammern nicht bekämpft werde. Für Verhandlungen über Kontingenzierungen werde gemeinsam der Standpunkt vertreten, daß Zollkontingente, bei denen die über den Kontingenzfuß hinausgehende Menge einem prohi- bitorischen Zollfuß unterworfen wird, absoluten (durch Einfuhr- verbote begrenzten) Kontingenten vorzuziehen seien. Im übrigen werde gemeinsam der Standpunkt vertreten, daß bei Verhandlungen mit fremden Staaten unter Wahrung der Vertragstreue das Interesse der Landwirtschaft an einem wirksamen Preisfuß und das Interesse von Handel und In- dustrie an einer Verteilung von Kontingenten auf die Liefer- länder, die der handelspolitischen Bedeutung dieser Länder für uns Rechnung trägt, im Vordergrund stehen soll.

Empfänge beim Reichspräsidenten.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichspräsident empfing heute den Staatssekretär im Reichswirtschaftsministerium Dr. Schwarzkopf, ferner den deutschen Generalkonsul in Newyork, Dr. Ribb.

Professor Heilborn gestorben.

Breslau. (Funkpruch.) Der Professor der Staats- und Rechtswissenschaft Paul Heilborn ist heute früh, 71 Jahre alt, plötzlich gestorben. Heilborns Forschungen galten in erster Linie dem Völker- und Staatsrecht. Zahl- reiche völkerrechtliche Arbeiten Heilborns haben weit über die deutschen Grenzen Beachtung und Anerkennung gefunden. Er galt als deutscher Völkerrechtslehrer, der im Ausland bestens bekannt und sehr geschätzt war.

Postbeamtinnen-Tagung.

Bremen. Der Verband der Postbeamtinnen veran- staltet vom 22. bis 24. September in Bremen seinen 21. Verbandstag. Im Mittelpunkt der Tagung wird ein Referat der 1. Verbandsvorsitzenden Elie Kolshorn über „Die gegenwärtige Verfassung der weiblichen Beamten der Deutschen Reichspost und ihres Laufbahn-Nach- wuchses“ stehen. Es soll darauf hingewiesen werden, daß diese Berufsgruppe von Jahr zu Jahr schwächer ge- worden sei infolge des Verkehrsrückganges in den Hauptberufs- gebieten des weiblichen Postpersonals, dem Fernsprech-, Telegraphen- und Postfachdienst, bei gleichzeitiger Einengung durch zunehmende Technisierung.

Verlegung der Großhandelstagung.

Berlin. (Funkpruch.) Der Reichsverband des Deutschen Groß- und Ueberseehandels, e. V., teilt mit, daß die für den 28. bis 29. September 1932 in Aussicht ge- nommene Großhandelstagung mit Rücksicht auf die ungeklärte Lage verschoben wird.

Weitere Todesopfer der „Observation“-Katastrophe geborgen.

Newyork. (Funkpruch.) An der Mündung des Cot- tiber wurde eine weitere Anzahl von Leichen ange- troffen, die als Verunglückte des untergegangenen Fähr- bootes „Observation“ identifiziert werden konnten. Die Zahl der fehlgeleiteten Todesopfer der Katastrophe hat sich damit auf 64 erhöht. Ob sämtliche Leichen damit ge- borgen sind, ist noch nicht bekannt.

Schweres Fährbootsunglück in Japan.

24 Arbeiter ertrunken.

Tokio. In Japan hat sich ein schweres Fährboots- unglück ereignet. Infolge Kernens des Fährbootes er- starben 24 Arbeiter des Marinecavaliers von Kure. Die übrigen 75 Fahrgäste konnten gerettet werden. Das Un- glück ereignete sich, als viele auf dem Schiff befindliche Frauen plötzlich nach einer Seite des Fährbootes brägen, das in das Fahrwasser eines anderen Schiffes geraten war und dabei zu schlingern anfing.

Politischer Totschlag vor dem Sondergericht.

Buppertal. (Funkpruch.) Das Sondergericht ver- urteilte in der vergangenen Nacht nach 14 stündiger Ver- handlung zwei Kommunisten zu Neben Jahren sechs Monaten und zu vier Jahren Zuchthaus. Beide hatten in der Nacht zum 19. Juni einen Nationalsozialisten durch Schüsse getötet und zwei verletzt. Das Gericht nahm Tot- schlag in dem einen Falle und Totschlagsversuch in den beiden anderen Fällen an und erklärte bei der Urteilsver- fündung, nach der Notverordnung vom 9. August wäre die Tat wahrscheinlich mit dem Tode zu sühnen gewesen.

Standortmeldung vom „Graf Zeppelin“.

Hamburg. (Funkpruch.) Wie die Hamburg-Amerika- Linie mitteilt, befand sich das Luftschiff „Graf Zeppelin“ heute früh um 6.15 Uhr Greenwicher Zeit auf 22 Grad Nord und 18.35 Grad West, also etwa 100 Seemeilen nordwestlich Kap Blancosan der Westküste Nordbrasilas.

Friedrichshafen. (Funkpruch.) Wie der Luft- schiffbau Friedrichshafen mitteilt, passierte das Luftschiff „Graf Zeppelin“ um 12 Uhr MEZ die Kapverdischen Inseln. Au Nord ist alles wohl.

Die nördlichste Wetterstation der Welt errichtet.

Moskau. Die Expedition des sowjetrussischen Wis- senschaftlers Malagin hat auf Rudolf-Land (81 Grad 47 Minuten nördlicher Breite) die nördlichste Wetterstation der Welt errichtet. Damit ist die im Rahmen des zweiten internationalen Polarjahres angelegte Kälteinsel erfüllt. Die

Turnen - Sport - Spiel - Wandern

Turnverein Zeithain DZ.

Handballabteilung.

Am vergangenen Sonntag lieferten die 1. und 2. Mannschaft, sowie die Jugend ihre ersten Verbandsspiele, welche alle auswärts ausgetragen wurden. Nur die Jugend spielte in Zeithain.

1. Mannschaft 1. — 1. Zeithain 1. 5:5 Halbzeit 3:1.

Wohl nach Aufstich des Spieles legt sich Oschab tüchtig ins Zeug, kann aber nicht verhindern, daß Zeithain zum 1:0 einlenken kann. Aber nicht lange währt die Freude, denn Oschab gibt den Ausgleich. Bis zur Halbzeit konnte Oschab noch zweimal einlenken, wogegen die Zeithainer leer ausgingen. Kurz nach der Halbzeit legt Oschab noch zwei weitere Tore vor und glaubt das Spiel sei schon gewonnen. Erst jetzt findet sich Zeithain zusammen. Angriff auf Angriff rollt vor des Wegners Tor. In gleichmäßigen Abständen kann Zeithain bis zum Ausgleich einlenken.

2. Mannschaft 1. — 1. Zeithain 2. 4:7 (1:3).

Die 2. Mannschaft vom T.V. Zeithain trug ebenfalls ihr erstes Verbandsspiel gegen Gröbzig 1. aus, was sie leicht mit 7:4 Toren für sich entscheiden konnte.

1. Jugend — 1. Zeithain Jugend 5:0 (1:0).
Auch die Jugend am Sonntag vormittag gegen 1. Zeithain Jhd. ihr erstes Spiel aus, was die besten 1. Jhd. mit 5:0 Toren gewannen.

Länder-Fußball.

Schwedens Fußballer für den Länderkampf gegen Deutschland am 25. September in Nürnberg hat folgendes Aussehen: Jonasson; Otto Andersson, Erik Lager; S. Sjögren, S. Carlund, S. Andersson; A. Nilsson, Erik Persson, Lundahl, Kempe, Kroon. — Die deutsche Vertretung steht noch nicht endgültig fest. In Frage kommen vor allem: Jakob; Munkert, Haringer; Appel, Reineberger, Knüpfe; Bergmaier, Rumm, Kehr, Rich, Hofmann, Ruud.

Tennis.

Tilden & Co. werden im Anschluß an die Weltmeisterschaften auch in Nürnberg spielen. Am 28. September spielt Hans Kühle, dessen Geburtsort Nürnberg ist, gegen Tilden, Rajuh gegen Barnes und ferner im Doppel Tilden-Barnes gegen Rajuh-Kühle.

Ungarns Tennismeisterkämpfe sind nunmehr beendet worden. Im Damendoppel kam Frä. Hammer mit Frä. Kallmeyer-Berlin als Partnerin zu einem zweiten Erfolg, die im Schlußspiel Frau Schomburg-Gräfin Szapary 6:3, 6:2 abfertigten. Bela von Nebling holte sich wieder einmal den Titel im Herren Einzel gegen seinen Landsmann Gabrovits.

Kurze Sportmeldungen.

Indiens Hockeyspieler trugen am Dienstag ihr heftigstes Spiel innerhalb von zehn Tagen in Prag gegen eine Mannschaft des Deutschen Hockey-Verbandes in der Tschechoslowakei.

Max Sklarek vor dem Kammergericht.

1. Berlin. Der neun Monate währende Sklarek-Prozess hat mit der rechtskräftigen gegen Leo und Willi Sklarek erlassenen vierjährigen Zuchthausstrafe, die die beiden Brüder jetzt in der Strafanstalt Luckau verbüßen, sein Ende noch nicht erreicht. Max Sklarek, auf den die Brüder bekanntlich in ihrem Prozeß die ganze Schuld geschoben hatten, war wegen Krankheit durch Abtrennung des Verfahrens vom Erscheinen bei der Hauptverhandlung entbunden worden. Der Antrag seines Verteidigers auf Einstellung des Verfahrens gegen Max Sklarek war zurückgewiesen worden. Gegen diese Zurückweisung hatte der Verteidiger Max Sklareks Beschwerde eingelegt, mit der sich gegenwärtig der Strafsenat des Kammergerichts beschäftigt hat. Das Kammergericht hat nunmehr neue Sachverständige bestimmt, die über den Gesundheitszustand von Max Sklarek Gutachten abgeben sollen. Von dem Ergebnis dieser Gutachten wird es abhängen, ob die Sklarek-Wärfere nochmals aufgerollt werden wird.

Keine Einstellung des Verfahrens gegen Max Sklarek. Der Lin. (Sunkpr.) Wie die Zuchtpressstelle mitteilt, hat das Kammergericht als Bescheidensatzung den Antrag des Max Sklarek, das gegen ihn schwebende Strafverfahren wegen dauernder Verhandlungsunfähigkeit vorläufig einzustellen, zurückgewiesen.

Die „Kreuger-Kästel“.

Freiwilligen des Konkursverwalters.

1. Stockholm. Der Verwalter des Kreuger-Konkurses hat, wie Dagens Nyheter mitteilt, schon am Sonnabend dem Stockholmer Amtsgericht einen ungefähre 100 Schreibmaschinenlängen umfassenden Text über die „Kreuger-Kästel“ eingebracht. Die Analyse der Konkursverwaltung gelangt zu der einfachen Feststellung, daß sich der Fall Kreuger dadurch erklärt, daß Kreuger ein großer Geschäftsmann sein wollte, aber nicht war. Darum habe er angefangen, mit falschen Gewinnen zu manipulieren, schon ehe seine Tätigkeit auf der reinen Verlustseite angefangen sei. Nur als Verbrecher, nicht aber als Geschäftsmann unterstehe er sich von dem Durchbruch. Die übrigen Mitglieder der Kreuger und Toll — so heißt es weiter in dem Bericht — haben in unglaublichem Ausmaß ihre Pflichten veräußert. Sie haben unter anderem, ohne den Inhalt einer genauen Kontrolle zu unterziehen, die Jahresfinanzen unterschrieben und veröffentlichten lassen. Direktor Ahlström hatte u. a. 1930 und 1931 mehrere Geldbeträge in Höhe von zusammen 4 Millionen Kronen aus der Kasse der Kreuger und Toll erhalten. Diese Beträge hat Kreuger selbst debittiert auf Grund einer angeblichen Vereinbarung zwischen Ahlström und Kreuger, wonach Kreuger für Kursverluste Ahlströms selbst aufkommen wolle. Ahlström hatte gewisse Aktien und andere Wertpapiere verkaufen wollen, wurde aber von Kreuger davon abgehalten gegen das Versprechen, die Kursverluste zu bezahlen.

Die Untersuchung, ob Unregelmäßigkeiten während früherer Jahre vorgekommen sind, ist bisher nur in Ausnahmefällen weiter zurück als bis zum Jahre 1927 fortgeschritten. Es besteht übrigens kein Anlaß, anzunehmen, daß die Bücher vor dem Jahre 1917 gefälscht sind. Vor diesem Jahre besaß sich die Gesellschaft nur mit Bauaktivität. Erst von 1917 ab, da die Tätigkeit der Gesellschaft mit der Holzindustrie in Verbindung kam, dürften die ersten betrügerischen Maßnahmen stammen.

Klawatski und Keaten nach Gefallen mit 12:0 (5:0). Die 3000 Zuschauer bekamen ein Spiel zu sehen, wie man es in Prag noch nie erlebt hat.

Die Weltrekorde im Gewichtheben wurden anlässlich des Kongresses in Los Angeles bestätigt. An der neuen Weltrekordliste hält Deutschland mit acht Höchstleistungen den zweiten Platz hinter Oesterreich mit elf Weltrekorden. Haupten hat in seiner kurzen Mitallzeit bereits acht Rekorde in den heidarmigen Leistungen zu verzeichnen. Der erfolgreichste Rekordeur ist mit vier Weltbestleistungen der österreichische Leichtgewichtler Haas. Der beste Rekordeur ist der des deutschen Schwergewichtlers Gähler im links-armigen Stoßen, der noch aus der Vorkriegszeit ist.

Am Gordon-Bennett-Wettfliegen am 25. September in Basel nahmen insgesamt 17 Ballone aus 8 Nationen teil. Deutschland wird durch die Ballone „Garmen“, „Stadt Offen“ und „Deutschland“ vertreten. Der letztere ist eine Neukonstruktion und hat als Führer die bekannten Piloten G. Schleimkugel und H. Schöpe. Unter den Konkurrenten befinden sich auch der Belgier Demeyer, der das Rennen bereits viermal gewonnen hat, und der Amerikaner van Deman, der Sieger der letzten 3 Jahre.



Frau Oppl gewinnt den Preis der Nationen. Am Schlußtag des 1. Internationalen Damen-Reitturniers in Düsseldorf wurde der Preis der Nationen ausgetragen. Siegerin dieser schweren Konkurrenz wurde Frau von Oppl auf „Rannet“, die wir hier beim Nehmen eines schweren Hindernisses wiedergeben.

Gerichtssaal.

Das Gutachten des Impfarztes.

Eine grundsätzlich bedeutsame Entscheidung fällt dieser Tage das Sächsische Oberlandesgericht. Der Angeklagte entsetzt seit dem Jahre 1928 sein 1927 geborenes Kind fortgesetzt der Impfung und ist deshalb wiederholt bestraft worden. Im Jahre 1931 wurde er vom Stadtrat erneut angefordert, sein Kind der gesetzlichen Impfung auszuführen. Er ist dem nicht nachgekommen, hat aber das Zeugnis eines Privatärztes eingebracht, wonach das Kind mit Rücksicht auf seinen seitenden Zustand auf ein Jahr von der Impfung zurückgestellt wurde. Die Impfbehörde erkannte dieses Zeugnis nicht an und ordnete eine Nachuntersuchung durch den zuständigen Impfarzt an, der das Kind nach Ablauf der „völlig harmlosen“ Erscheinungen eines leichten Bronchialkatarrhs (nach etwa 4 Wochen) für impfbar erklärte. Nachdem diese Zeit um war, erging an den Angeklagten abermals förmliche Aufforderung, nunmehr sein Kind impfen zu lassen. Weil der Angeklagte ihr nicht entsprochen hat, sondern die Schonfrist von 1 Jahr in Anspruch nahm, ist wiederum seine Verurteilung wegen Vergehens gegen das Impfgesetz erfolgt. Nach Auffassung des Amtsgerichts war mit der Zurückstellung des Kindes auf 4 Wochen keine Impfbefreiung ausgesprochen worden, sodaß auch von der einjährigen Schonfrist keine Rede sein könne.

Die Revision des Angeklagten vertritt einen gegen eiligen Standpunkt und bemängelte im übrigen, daß der Impfarzt das Kind überhaupt nicht gründlich untersucht habe. Mit der Behauptung eines Impfbefreiungszeugnisses habe der Impfgegner auch einen Rechtsanspruch auf Subsidierung der Schonfrist erlangt.

Nach den Entscheidungsgründen des Oberlandesgerichts Dresden (Ferienstrafenat B), daß das Rechtsmittel verworfen hat, besagt das Impfgesetz, daß das privatärztliche Zeugnis durch den Impfarzt nachgeprüft werden kann und im Zweifelsfalle das Gutachten des Impfarztes maßgebend ist. Das Amtsgericht habe nun die Erklärungen des Impfarztes dahin ausgelegt, daß Impfbefreiung bestünde und auch zur Zeit der Ausstellung des privatärztlichen Zeugnisses bestanden habe, wodurch auch die kurzfristige Zurückstellung des Kindes wegen des leichten Bronchialkatarrhs nichts geändert hätte. Damit habe das privatärztliche Zeugnis seine Gültigkeit verloren. Die Schonfrist von einem Jahre lief nicht.

Gerichtsstreit um eine Oberhemdenpresse.

Der auch in Riesa bekannte Arthur Gangsch, der jetzt in einer großen Vortragstournee gegen die Freimaurer zu Felde zieht, stand jetzt als Angeklagter vor dem Amtsgericht. Gangsch und seine Ehefrau hatten wegen Unterschlagung je einen Strafbefehl über eine Wاده Gefängnis erhalten und Entscheidung der Gerichte angerufen. Frau Gangsch war wegen Krankheit nicht erschienen, das Verfahren gegen sie wurde abgetrennt. Die Eheleute Gangsch hatten im Jahre 1931 ihr Vätergeschäft an die Eheleute Fierstedt verkauft und angegeben, daß alles Inventar ihr Eigentum sei. Hinterher stellte sich heraus, daß auf die im Geschäft befindliche Oberhemdenpresse noch etwa 400 RM. abzuzahlen waren. Gangsch wollte sich an den Verkaufsverhandlungen nicht beteiligen lassen. Diese Angaben konnten ihm aber durch Zeugen widerlegt werden. Auch hatte er angegeben, das Inventarverzeichnis selbst geschrieben zu haben. Das Gericht bestätigte daher die Strafe des Strafbefehls.

Handel und Volkswirtschaft.

Die deutsche Maschinen-Industrie im Umsatz. Vom Verein Deutscher Maschinenbau-Anstalten, dem Spitzenverband der deutschen Maschinen-Industrie, wird mitgeteilt: Das Umsatz-Geschäft verlor sich rüber. Im allgemeinen kam es zu keiner Vermehrung der Aufträge, nur im Landmaschinen-Geschäft verurteilte die härtere Nachfrage der Inlandsindustrie eine Belebung. Immerhin führten die in den letzten 2 bis 3 Monaten eingetretenen leichten Auftragssteigerungen zu einer weiteren Erhöhung der Arbeitszeit auf rund 89,5 Wochenstunden und zu einer Zunahme des Beschäftigungsgrades von 30 bis 31 Prozent der Normalbeschäftigung.

Dresdner Börse vom 13. September. Am Dienstag hielt die Zurückhaltung des Publikums an; die Kurse unterlagen nur geringen Schwankungen. Phönix, Runkankantien Ray und Keramik je 3 Prozent schwächer, Dortmunder Ritter, Stealit und Industrie Blauen verloren je 2 Prozent. Fester notierten Zeig Iron und Wimoja um je 2,5, Fänder und Elektra je um 3, Gezer Strickgarn und Erste Kalmbacher je um 2 Prozent schwächer. Dresdner Stadtanleihe 1928 (7prozentige) 3 Prozent höher. Pfandbriefe gut gehalten.

Leipziger Börse vom 13. September. Ohne große Umsätze lag die Börse im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen schwächer. Reichsbank konnten 0,75 Prozent gewinnen, während Sachsenboden 1 Prozent nachgeben. Chromo Rajort büßten 1,5, Konfordia Spinnerei 1, Leipzig Riebel 1,5, Leipziger Spitzen 1 Prozent ein. Kaumann Bier 2 Prozent schwächer vergebens angeboten. Thüringer Wolle minus 2 Prozent. Reubelhanleihe um 0,5 Prozent abgeschwächt. Für Leipziger Stadtanleihe und Leipziger Hypotheken bestand bei Gewinnen bis zu 1 Prozent Interesse.

Am der Berliner Börse war die Tendenz zunächst noch ziemlich widerstandsfähig, schwächte sich aber gegen Schluß immer mehr ab. Auch der Rentenmarkt blieb bei seiner uneinheitlichen Haltung.

Amtlich festgesetzte Preise an der Produktenbörse zu Berlin

Getreide und Cerealien pro 1000 kg, sonst pro 100 kg in Reichsmark

	13. September	14. September
Weizen, märkischer	205,00—207,00	206,00—208,00
per September	219,00—220,00	222,00—222,00
per Oktober	219,00—220,00	221,25
per Dezember	219,00—220,00	221,50—221,00
per März	224,50—226,00	227,50—227,00
Tendenz:	matt-Befehligt	fester
Woggen, märkischer	160,00—162,00	160,00—162,00
per September	173,50—174,00	174,00
per Oktober	174,50—176,00	174,00
per Dezember	177,50—179,00	176,00—175,50
per März	179,00	178,00
Tendenz:	fester	ruhig
Gerste, Braugerste	174,00—184,00	174,00—184,00
Futter- und Industrieernte	167,00—173,00	164,00—173,00
Winterernte	—	—
Tendenz:	stetig	ruhig
Hafers, märkischer	136,00—141,00	136,00—141,00
per September	—	146,00
per Oktober	—	—
per Dezember	145,00	145,00
per März	—	149,00
Tendenz:	ruhig	ruhig
Weizen, rumänischer	—	—
Blata	—	—
Tendenz:	—	—
Weizenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sad (feinste Marken über Notia)	25,00—30,00	25,00—30,00
Woggenmehl per 100 kg, fr. Berlin, br. incl. Sad	21,75—24,00	21,75—24,00
Weizenkleie frei Berlin	10,00—10,40	10,00—10,40
Woggenkleie frei Berlin	8,40—8,90	8,50—8,90
Weizenkleie-Relasse	—	—
Raps	—	—
Reisinfant	—	—
Viktoriaerbsen	21,00—24,00	21,00—24,00
Kleine Speiserbsen	—	—
Futtererbsen	14,00—17,00	14,00—17,00
Beluschen	—	—
Ueberbohnen	—	—
Widen	17,00—20,00	17,00—20,00
Lupinen, blaue	—	—
gelbe	—	—
Serabella, neu	—	—
Rapskuchen, Basis 38%	—	—
Leintuchen, Basis 37%	10,60—10,70	10,60—10,70
Trockenschrot	9,20—9,50	9,20—9,50
Soya-Extraktionschrot, Bas. 45%	—	—
Kartoffelkoden	—	—
Speisestärke	—	—
Allgemeine Tendenz:	Schwanken	behauptet

Weizen fester. Nach den Preisrückgängen der letzten Zeit war die Tendenz im Produktverkehr heute allgemein stetig, ohne daß sich allerdings das Geschäft belebt hat. Das Inlandsangebot von Weizen hat sich auf dem inzwischen erreichten Preisniveau merklich verringert und da andererseits in Weizenmehl einige Konsumnachfrage zu verzeichnen ist und auch Weizen-Exporteure etwas günstiger bewertet werden, traten am Promymarkt Preisbefreiungen bis zu zwei Mark ein. Im handelsrechtlichen Lieferungsverkehr war Septemberweizen in gleichem Ausmaß befreit, zumal ein Teil der heute befreiten Partien nicht kontraktlich lieferbar war. Woggen war nach gut behauptetem Vormittagsverkehr enttäuschend ruhig. Am Lieferungsmarkt kamen Notierungen für Oktober- und Märzwoagen zunächst nicht zustande. Am Promymarkt ist das Angebot zur Waggonderladung nach wie vor spärlich, dagegen ist Rohware zu allerdings zu hochgehaltenen Forderungen am Markte. Die Mühlen laufen in Folge des unbedeutenden Molllohnens nur zögernd, so daß kaum Preisveränderungen eintreten. Weizen- und Woggenmehle haben keines, aber festes Bedarfsgefühl. Am Hafers- und Gerstenmarkt ist das Preisniveau gleichfalls behauptet, Angebot und Nachfrage halten sich etwa die Waage.

Wasserstände

	13. 9. 32	14. 9. 32
Wobau: Rhamit	+ 9	+ 12
Mobran	- 72	- 72
Geer: Loun	- 84	- 40
Elbe: Rimbürg	- 22	- 30
Brandels	- 59	- 51
Meinit	+ 26	+ 28
Leitmeritz	+ 52	+ 57
Ruffig	- 48	- 48
Dresden	- 191	- 202
Riesa	- 138	- 143

Zur Auflösung des Reichstages.



Der Höhepunkt der Sitzung war der Moment, den der Bildberichterhalter hier festgehalten hat: Reichskanzler von Papen (links) meldet sich zum Wort, während der Reichstagspräsident Brüning und die Schriftführer sich von ihm abwenden. Da der

Kanzler nicht zum Reden kommt, legt er das Auflösungsdekret auf den Tisch des Präsidenten und verläßt mit der Regierung den Sitzungssaal. Neben dem Reichskanzler Reichsaußenminister von Neurath und Reichsinnenminister von Gahl.



Nach der Auflösung verlassen Reichskanzler von Papen (links) und Reichsinnenminister von Gahl (rechts) das Reichstagsgebäude.

Durch dieses Schriftstück wurde der Reichstag aufgelöst. Das Auflösungsdekret, das die Unterschriften des Reichspräsidenten von Hindenburg, des Reichskanzlers von Papen und des Reichsinnenministers Freiherrn von Gahl trägt. (Siehe Mitte.)

Sachsenbischof Teutsch 80 Jahre alt.

Bischof Dr. D. Friedrich Teutsch, das Oberhaupt der evangelischen Landeskirche in Siebenbürgen, kann am 16. September seinen 80. Geburtstag feiern. Er ist der kirchliche Führer von 900.000 deutschen Protestanten Ungarns und der südoberuropäischen Länder, der in dem Vierteljahrhundert seiner schweren Amtsführung hervorragende kulturelle Arbeit für das Deutschtum im Ausland geleistet hat. (Bild links darunter.)



Die Vorsitzenden der Reichstagsausschüsse.

Abgeordneter Dr. Fried, der als Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses die Beratungen über das Lausanner Abkommen und die Abrüstungsfrage leitet.

Abgeordneter Pöbe, der Vorsitzende des Ausschusses zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung, der bei Behandlung des Themas „Der staatsrechtliche Konflikt mit der Reichsregierung“ die verfassungsrechtliche Seite der Vorgänge bei der Reichstagsauflösung erörtert.

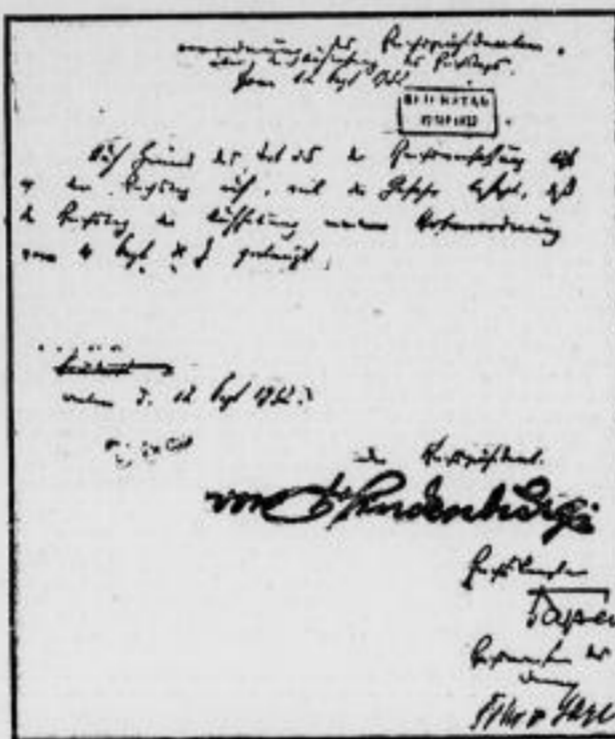
Bilder rechts.

Weitere Veränderungen in hohen Marinekommandostellen.

Der bisherige Chef der Nordflottille, Vizeadmiral Illiesen (links), scheidet aus dem Dienst der Reichsmarine. Kapitän zur See Bastian (Mitte), bisher Abteilungsleiter im Reichswehrministerium, ist zum Befehlshaber der Linienflotte ernannt worden. Der Inspektor des Torpedos und Minenwesens, Konteradmiral Kolbe (rechts), ist zum Befehlshaber der Aufklärungskräfte ernannt worden.

Was ist mit Daubmann?

Im Mai dieses Jahres kehrte bekanntlich nach 13jähriger Abwesenheit Viktor Daubmann in seine badische Heimat zurück. Er gab an, bis zu diesem Zeitpunkt von den Franzosen als Kriegsgefangener zurückgehalten zu sein und sich durch eine abenteuerliche Flucht nach Deutschland gerettet zu haben.



„Prinzessin Lumpi“

Roman von Erich Ebenstein.

28. Fortsetzung Nachdruck verboten

Er versuchte sie an seine Brust zu ziehen, aber mit einer fähigen Empfindung instinktiven Ersehens machte sie sich hastig los und trat einen Schritt zurück.

„Muß das sein?“ fragte sie dann, die Enttäuschung in seinem Gesicht bemerkend.

„Es muß nicht sein, aber es ist allgemein üblich,“ antwortete er ruhig. „Wenn man jemand lieb hat, so ist der Kuß ein natürlicher Ausdruck für diese Empfindung. Hast du deinen Vater nicht auch geküßt? Küßt du nicht sogar Lumpi?“

Sie errödete. Er hatte ja recht... und dennoch... nein, er hatte doch nicht recht! Warum wäre es ihr sonst, ihn zu küssen, als etwas so Ungeheuerliches erscheinend, gegen das sie etwas in ihr heftig sträubte, während es ihr Papa gegenüber so leicht und selbstverständlich...

Aber vielleicht war es nur, weil sie Viktor erst wenige Tage lang kannte!

Ja, gewiß war es das... und wenn sie ihn kränkte, wurde er vielleicht böse und ging fort und es wurde gar nichts aus der Heirat, die sie sich inzwischen schon als einen famosen Spaß zurechtgelegt. Denn sie freute sich ja schon dießlich, daß dann alle Leute „gnädige Frau“ zu ihr sagen mußten. Und einen Eherring durfte sie dann auch tragen...

Und so ging sie denn plötzlich halb verlegen, halb spitzbübisch lächelnd auf Viktor zu, legte schnell ganz leicht ihre Lippen auf die seinen und fuhr sich dann ebenso schnell mit den Handrücken über den Mund, denn ihr war, als müßte sie sich da etwas wegwaschen...

„Nun — bist du jetzt zufrieden, Better Viktor?“

Er lächelte nachsichtig.

„Ich muß wohl, aber ich hoffe, du wirst es mit der Zeit besser lernen! Es bleibt also dabei, wir lassen uns hier

trauen und treten dann sogleich nach der Trauung die Hochzeitsreise an.“

Freudig überrascht fuhr sie empor.

„Die Hochzeitsreise? Wir werden also eine Hochzeitsreise machen? O du guter, lieber Viktor, das ist ja herrlich von dir! Das willst du wirklich tun? Wohin werden wir reisen?“

„Wohin du willst!“

„Ach nein, das ist ja zu schön! Reisen, eine große Stadt sehen! Wie oft habe ich mir das gewünscht! Ueberhaupt... nein, wirklich, darüber werde ich ganz närrisch...“, plötzlich, wie so oft sah die entgegengesetzten Stimmungen in ihr wechselten, veränderte sich ihr Gesicht von strahlender Freude zu tiefem Schmerz.

„Pa...“, stammelte sie in herzzerreißender Trauer, „Pa kann nicht mit...! Mein lieber, einziger Papa, warum mußt du er von mir gehen... nein, es wird mir gar keine Freude machen, ohne ihn!“ Und Tränen füllten ihre Augen und ihre schmalen Hände streckten sich nach Lumpi aus, der aufsteigend emporprang. Sie drückte ihn laut weinend an ihre Brust, als sei er allein es, der ihren Schmerz verstehen und mitempfinden könne.

Viktor stand stumm daneben.

Stärker als je bisher enthüllten sich ihm die Unausgeglichenheiten ihres Wesens, begriff er, wie ganz sie noch Kind war!

Würde er das Weib in ihr wecken können? Und wenn nicht...?

Er hatte keine Zeit, den Gedanken weiterzuspinnen. Anneliese hatte sich ausgeweint und dachte wieder an die Hochzeitsreise.

Tausend Fragen sprudelten ihr über die Lippen, während sie den Heimweg einschlugen und Viktor sich bemühte, all die kindlich-törichtigen Vorstellungen in ihr in belehrenden Worten halbwegs der Wirklichkeit anzupassen...

Sabine riß die Augen groß auf, als sie die große Neugier von den Heimkehrern erfuhr.

Sie küßte Anneliese und wünschte ihr Glück, dann sah sie ihren Sohn bewundernd an und schüttelte ihm die Hand.

Das war wirklich ein Meisterstück von ihm, sich diese spröde, reiche Erbin so im Handumdrehen zu erobern!

Viktor erklärte ihr später, als er mit der Mutter allein war, das Nötige und Schärfe ihr noch im besonderen ein, das Ereignis vorläufig vor jedermann streng geheimzuhalten. Auch die Dienstmoten brauchten kein Wort zu erfahren davon. Sabine versprach es verständnisvoll.

14.

In den folgenden Tagen traf Viktor seine weiteren Anordnungen. Man würde das Aufgebot einmal für dreimal bestellen und dem Pfarrer Stillschweigen einschärfen. Das wollte er vor seiner Abreise nach Graz, die notwendig war, um dort alles zu ordnen, selbst besorgen. Die Trauung sollte dann gleich am nächsten Tag im Reiseleid stattfinden. Unmittelbar darauf sollte die Hochzeitsreise nach Wien, für die drei Wochen bestimmt wurden, angetreten werden.

In Graz würde er seinen Abschied aus dem Staatsdienst nehmen, den bisherigen Haushalt auflösen und seine und der Mutter Habe nach Heidenried senden.

Anneliese riet er, während seines Fernseins sich im Dornröschenschloß die Zeit zu vertreiben und ihren Freunden vorläufig nichts von ihren Entschlüssen zu sagen, es sei denn, der Pfarrer könne nicht reinen Mund halten, und es läme so unter die Leute.

Dann allerdings müsse sie Farbe bekennen und, wenn man ihr abreden wolle, fest auf ihrem Willen bestehen.

Anneliese versprach alles und war mit allem einverstanden. Sie dachte nur an Wien und — daß sie zum erstenmal im Leben eine Reise antreten würde...

Sabine fragte den Sohn unter vier Augen, woher er das Geld zu dieser Reise und Annelieses Aussteuer, die er versprochen hatte, für sie zu besorgen, nehmen wolle?

Viktor lachte sorglos.

„Haben wir nicht die diesjährige Ernte? Natürlich verkaufe ich sie! Durch meine Wirtschaft bringe ich das später leicht herein.“

Vermischtes.

10 weitere Opfer des Fährbootunfalls auf dem Gattiker Arboretum. In der Nähe der Stelle, wo sich vor einigen Tagen die Fährbootkatastrophe ereignete, sind 10 Leichen an die Oberfläche des Wassers getrieben worden, so daß sich die Gesamtzahl der bei der Explosion auf dem Schiff ums Leben gekommenen auf 20 beläuft.

Er wilderte, weil er über seine Braut verurteilt war. Mit dieser kranken Ausrede verurteilte sich ein alter Wilderer, der schon einschlägig verurteilt ist, vor dem Wiesener Bezirksgericht gegen eine Anklage wegen gewerbsmäßigen Wilderns zu verurteilen. Er hatte auf einen Hahn geschossen, aber beide nicht gewerbsmäßig, sondern weil er wieder ins Gefängnis wollte, da er über das Betragen seiner Braut verurteilt war. Mit diesem Jagderlöb fand er aber vor Gericht keinen Mitleid. Dagegen wurde seine Sehnsucht nach dem Gefängnis erfüllt, denn das Gericht hängte ihn auf ein Jahr am weiteren Wildern.

Der „Echo-Schiefer“ wird arbeitslos. Jedem Jagdversteher ist der „Echo-Schiefer“ auf der Kottstraße bekannt, der für wenig Geld mit seinem altfährigen Schieß-Gewehr in die Wägen knallte, damit man das Echo hören konnte. Seit rund 80 Jahren näherte das Gewerbe schlecht und recht seinen Mann. Sogar ein Privat war mit dieser Einkommensquelle verbunden. Jetzt ist auch dieser Beruf der schädlichen Wirtschaftslage und der schwindenden Romantik zum Opfer gefallen und der Echo-Schiefer mußte unter die Wohlhabenderen verbannt werden. Ein umständliches Verkettungsstück. In der Nähe des Hauptplatzes in Weimar wurde plötzlich die Lichtleitung eines Verleuchtungsapparats unbrauchbar. Ein Motorabfahrer sah den in der Mitte der Straße liegenden unbenutzten Wagen nicht und fuhr auf. Bei dem Sturz löste sich der Tankverschluss und das herausfallende Benzin entzündete sich an der Karbidlampe des Motorrades. Nun erlitt er die Explosion, die das Motorrad vollständig vernichtete. Der Fahrer wurde zwar verletzt, ist aber durch entschlossenes Eingreifen seines Sohnes vor dem Verbrennungstode gerettet worden.

Uttragende Schmutzler-Jagd. Aus der Landstraße bei Kottbusch polierte Beamte bemerken einen bekannten Schmutzlerwagen. Als die Halter des Beamten unbeachtet dieben, eröffneten die Jäger ein hartes Feuer aus Karabinern. Ein Vorderreifen des Wagens wurde dabei von sechs Kugeln durchschlagen. Trotz der Wehrmaßnahmen tauchte der Wagen weiter, verfolgt von den Jägern, die sich auf Motorräder geschwungen hatten und eine wilde Jagd hinter den Schmutzler eröffneten. Es gelang ihnen, den Wagen zu stellen und die Schmutzler festzunehmen. — Beamte der Duffeldorfer Holschlagungsbataillon sollten in Wäldern bei Kottbusch einen bekannten Schmutzler festnehmen. Als die Beamten das Haus betraten, sprang der Schmutzler aus dem zweiten Stockwerk herunter und verschwand im nahen Walde, wo die Holschlagung keine Spur verloren.

Geständnis des Mörders Start. Aus dem Anhalter Bahnhof in Berlin ist gestern Abend ein Stuttgarter Polizeitransport mit dem Mörder der Frau Friedrich eingetroffen. Der Mörder, der 23 Jahre alte Friedrich Start, hat den Polizeibeamten während der Eisenbahnfahrt ein umfassendes Geständnis abgelegt. — Danach handelt es sich nicht, wie man zuerst annahm, um einen Luftmord, sondern um einen Mordüberfall, bei dem der Mörder an Bargeld kaum mehr als 5 Mark erbeutete.

Herr und Hund als gegenseitige Lebensretter. Innerhalb einer Minute hat ein Herr seinem Hund das Leben gerettet und hat von diesem den gleichen Dienst empfangen. Der Herr von Jellies, ein früherer Anwalt an den Berliner Gerichten, ist, unternahm in früher Morgenstunden mit seinem Terrier Scherif einen Spaziergang an den Zoo. Scherif entdeckte eine Wassertrasse und sprang ihr, von seinem Herrn ermutigt, in den Fluß nach. Nachdem er das Tier getötet hatte, geriet er beim Zurückschwimmen in die Schlingenschnellen des Flusses und ging unter. Der Herr sah die Not des Hundes beobachtet, sprang seinen Hund zu Hilfe, sondern sprang ins Wasser, bereitete den Hund und brachte ihn ans Ufer. Aber während Scherif sich behaucht das Wasser abschnitt, verlegte sich der Herr eine Schlagader am Bein an einem typischen Flaschenstiel und brach ohnmächtig unter großem Blutverlust zusammen. Nur war die Weibe an den Hund. Er keuchte und klaffte so jämmerlich, daß ein Bootsmann aufmerksam wurde und mit seinem Fahrzeug herbeieilte. Er kam dem Bewußtlosen zu Hilfe, legte ihm einen vorläufigen Verband an und brachte ihn dann ins Krankenhaus. Ohne die Aufmerksamkeit des Hundes wäre sein Herr wahrscheinlich verblüht.

Dochtafelchen eines angeblichen Willigkars. Wegen Betruges in 23 Fällen verurteilte das Schöffengericht Charlottenburg gestern den angeblichen Inge-

8. Ziehung 5. Klasse 201. G. G. Landeslotterie

Ziehung am 13. September 1932.

(Ohne Gewähr.) Alle Nummern, hinter welchen keine Gewinnbezeichnung steht, sind mit 200 Mark gezogen.

20000 auf Nr. 134324 bei Fr. Frick, W. Guppel, Berlin.	20000 auf Nr. 88060 bei Fr. Frick, W. Guppel, Berlin.
20000 auf Nr. 10798 bei Fr. Frick, W. Guppel, Berlin.	20000 auf Nr. 18824 bei Fr. Frick, W. Guppel, Berlin.
20000 auf Nr. 18824 bei Fr. Frick, W. Guppel, Berlin.	20000 auf Nr. 18824 bei Fr. Frick, W. Guppel, Berlin.
0634 781 977 481 (1000) 871 (1000) 478 883 (300) 836 (2000)	427 1021 558 350 (1000) 878 174 214 (1000) 833 010 033 710 031
450 163 780 017 212 153 401 (1000) 878 174 214 (1000) 833 010 033 710 031	529 394 (1000) 914 641 (1000) 878 174 214 (1000) 833 010 033 710 031
797 (1000) 101 307 533 484 (1000) 100 791 4423 824 880 628 819	628 108 (1000) 085 (1000) 133 388 (1000) 830 419 640 (1000) 775 280
892 (1000) 763 (1000) 885 (1000) 111 (1000) 8423 103 109 715 (1000) 873	039 0138 005 901 725 113 483 423 870 426 (1000) 011 212 7348
908 729 626 004 439 085 233 218 (1000) 181 504 235 055 008 8821	838 (1000) 543 903 023 078 149 610 189 004 037 548 573 306 8787
419 267 186 018 246 408 086 337 (1000) 831 800 906 030 801 30178	702 224 786 018 246 408 086 337 (1000) 831 800 906 030 801 30178
778 28533 043 118 623 211 (1000) 804 208 172 027 008 248 573 583 015	13456 109 (1000) 350 (1000) 503 080 061 821 376 446 336 860
(2000) 223 484 301 (1000) 24147 (1000) 846 366 310 145 (1000) 226	(1000) 458 293 399 038 (1000) 894 738
20001 302 680 (1000) 049 (1000) 394 396 475 805 410 896 654 (1000)	20011 439 486 (1000) 898 879 911 (1000) 825 841 003 739 699 811
(1000) 413 307 349 166 408 (1000) 878 101 813 343 319 093 493	719 789 323 (1000) 724 434 889 (1000) 440 (1000) 873 871 (1000) 622
039 744 079 936 047 236 877 823 335 370 026 447 143 374 28084	(1000) 787 481 (1000) 245 001 608 239 431 787 483 969 (1000) 615 870
20002 728 00058 826 058 (1000) 410 879 924 302 938 173 780 870	20003 128 245 253 935 (1000) 879 484 541 378 790 636 956 630
20004 233 585 328 (1000) 277 048 398 268 (1000) 873 289 000 88380	(1000) 303 393 884 522 320 538 726 728 172 609 925 84210 729
048 443 246 821 (1000) 033 288 88304 417 753 310 (1000) 268	788 583 328 247 102 (1000) 441 144 131 80224 808 (1000) 817 294
409 149 303 (1000) 010 822 (1000) 222 532 443 (1000) 125 900 925 633	637 787 257 190 889 007 610 391 708 444 225 87275 878 (1000)
20005 891 144 185 902 (1000) 222 532 443 (1000) 125 900 925 633	040 345 89147 207 609 243 (1000) 222 126 002 021 811 829 371
20006 035 285 924 144 984 006 126 841 140 (1000) 628 882 474	104 641 88200 890 890 793 007 (1000) 214 664 224 232 021 700
139 935 244 (1000) 88019 243 469 136 748 289 (1000) 825 810 070	729 491 (1000) 269 (1000) 243 197 827 (1000) 237 183 078 496 039
88-41 025 444 215 181 408 393 394 123 (1000) 127 84141 (1000)	769 399 107 613 677 546 781 468 118 208 221 85623 831 (1000)
610 128 (1000) 800 850 301 158 935 796 (1000) 703 508 005 84210 729	202 452 062 428 939 085 632 325 37433 922 (1000) 027 685 928
131 908 801 394 395 078 249 (1000) 087 (1000) 778 983 978 928	025 (1000) 071 394 395 078 249 (1000) 087 (1000) 778 983 978 928
335 004 013 201 202 025 (1000) 603 472 330 653 149 067 139 929	41444 933 245 072 064 445 (1000) 486 900 779 227 450 130 174
010 700 923 (1000) 248 922 975 404 962 48126 025 277 766 780 921	708 881 094 808 224 801 129 218 904 48274 321 225 663 928 139
079 747 009 840 907 48216 272 554 097 005 470 (1000) 940 (1000)	222 (1000) 071 48216 272 554 097 005 470 (1000) 940 (1000)
45842 568 (1000) 088 716 016 577 115 897 129 747 48107 108	483 946 57 414 579 126 871 029 735 305 907 (1000) 640 820
42074 284 (1000) 444 744 507 187 218 211 (1000) 541 510 (1000)	863 433 48988 747 700 358 624 560 978 826 735 200 207 008
704 40241 (1000) 322 141 094 (1000) 414 631 (1000) 018 022 024	883 290 48574 844 111 737 (1000) 067 276 (1000) 113 (1000) 51439
873 181 816 (1000) 061 (1000) 532 332 923 355 38123 710 028 873	960 800 081 63205 326 310 543 721 383 722 253 030 522
(1000) 291 685 542 546 (1000) 603 333 027 54029 278 (1000) 421 024	(1000) 612 526 787 (1000) 911 638 (1000) 662 632 55967 710 (1000)
966 132 416 796 791 026 103 094 015 04512 (1000) 370 144 618	885 245 245 87197 121 36000 (1000) 182 414 828 817 444 618
180 813 212 918 026 408 086 (1000) 126 817 (1000) 578 233 986 270	305 047 000 866 784 687 170 202 533 165 242 635 304 818 121
709 233 272 874 908 228 (1000) 724 804 617 216 000 287 008	808 007 370 072 825 247 292 880 119 72404 617 216 000 287 008
862 880 915 103 78105 930 042 640 559 088 348 029 138 409	012 74838 (1000) 838 075 847 443 360 662 206 940 245 395 (1000)
378 141 (1000) 226	7911 045 647 529 428 784 290 340 818 935 157 892 77734
622 993 612 987 071 149 752 (1000) 649 466 (1000) 72834 043 176	

(1000) 028 474 324 (1000) 125 545 028 637 493 (1000) 784 879 (1000)	029 741 990 980 485 522 423 481 273 72843 028 610 721 212 420
788 434 631 (1000) 028 244 728 406 80087 (1000) 878 236 (1000)	173 241 069 018 944 030 131 (1000) 033 (1000) 688 (1000) 388 849
74301 323 587 231 157 879 189 088 (1000) 819 900 885 (1000) 321 033 278	341 021 225 225 (1000) 711 008 044 075 445 732 086 547 432 043
940 499 80878 (1000) 821 828 235 184 000 (1000) 336 361 80825 848	708 625 84279 191 440 394 780 (1000) 423 430 308 021 322 140 142
164 636 005 004 569 859 85657 (1000) 908 107 (1000) 530 432 754	211 395 302 744 476 86033 018 185 540 530 (1000) 735 035 240 402
108 244 384 313 718 (1000) 210 87041 309 476 157 493 567 730	480 887 523 851 146 836 86108 (1000) 081 907 809 949 053 030
871 713 791 (1000) 86478 (1000) 135 726 470 (1000) 799 032 548 516 745	80087 898 037 260 610 792 638 782 002 92878 988 438
(1000) 899 (1000) 189 868 846 473 887 833 861 80823 738 128 205	894 934 018 002 040 534 648 740 935 80870 470 030 328 099 432
(1000) 323 219 389 84931 (1000) 888 187 338 004 082 338 044 285	285 116 88281 104 985 297 534 530 210 047 202 708 616 861 818 848
142 177 485 205 (1000) 059 200 (1000) 336 361 80825 (1000) 019	(1000) 940 948 100 (1000) 925 738 028 324 (1000) 964 068 281 27150
(1000) 323 711 (1000) 017 239 104 747 248 240 (1000) 86414	883 928 627 (1000) 361 257 370 80813 367 394 118 218 406 673
109 212 229 1000789 824 985 470 184 006 991 126018 911 126018 911	194 103808 025 (1000) 004 295 630 (1000) 486 718 848 149 081 044
408 060 028 441 103845 087 78 (1000) 459 268 (1000) 771 213	089 887 055 240 825 (1000) 951 204229 636 346 951 644 864 (1000)
889 (1000) 975 461 493 968	80589 231 763 465 031 517 534 557 764 115 037 121 173 608
708 256 100253 (1000) 044 244 (1000) 846 327 323 088 573 121 420	420 (1000) 823 349 (1000) 828 235 047 202 708 616 861 818 848
902 919 103631 268 118 009 919 264 730 558 931 481 737 879 851	696 100129 198 (1000) 873 012 (1000) 000 328 770 126 126 028 028
018 038 248 487 385 (1000) 112 130440 308 458 543 253 757 759	(1000) 361 822 851 539 358 723 (1000) 889 (1000) 309 123 088 (1000)
028 (1000) 090 (1000) 025 (1000) 184 255 630 184 006 991 126018 911	847 630 071 126275 874 (1000) 039 430 001 (1000) 109 629 619 020
490 549 (1000) 047 138648 614 012 949 001 (1000) 799 437 294 044 114	240 870 (1000) 083 230 (1000) 328 331 758 928 036 011 228 322
125530 290 065 507 072 308 765 020 422 841 (1000) 028 878 777	028 081 830 (1000) 411 743 785 690 844 270 437 371 321
298 588 207 085 (1000) 277 048 398 (1000) 158 151 (1000) 127907 028 194	074 698 459 (1000) 231 548 157 507 508 376 (1000) 346 028 825
128030 022 982 495 213 (1000) 867 718 108 (1000) 783 126018 911	263 440 815 139 (1000) 888 003 (1000) 998 239 386 242 104 101
148 081 071	128034 028 451 071 913 848 711 715 003 (1000) 489 (1000)
060 (1000) 074 477 (1000) 216 121 (1000) 128035 708 041 540 370 (1000)	877 024 128201 847 245 177 (1000) 826 028 028 028 028 028 028
227 070 440 433 697 685 985 030 870 801 705 078 670 900 (1000) 770	669 124923 287 267 381 301 121 (1000) 794 034 031 721 244 028 028
228147 770 170 613 (1000) 536 062 022 511 028 128037 348 776	842 127502 (1000) 028 012 517 485 000 783 367 823 453 934 774
130 366 964 (1000) 210 830 818 131 (1000) 128038 028 028 028 028 028	079 855 829 (1000) 150 252 (1000) 240 240 (1000) 089 028 028 028
308 275 861 137 128290 624 690 409 836 169 238 452 649	128039 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028
191 333 (1000) 825 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028	128040 074 348 694 455 455 (1000) 325 (1000) 925 187 467 (1000)
128041 609 221 609 149 338 071 (1000) 280 242 165 128042 111	981 349 900 726 174 420 598 870 835 169
128043 028 425 830 029 771 893 242 200 948 388 328 072 123	034 (1000) 740 367 (1000) 424 402 328 (1000) 324 183 633 128045
(1000) 828 710 029 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028 028	127111 221 220 449 191 (1000) 347 878 (1000) 028 318 976 647
128046 441 440 347 749 433 (1000) 770 247 (1000) 805 287 695	801 020 633 546 148087 278 900 072 453 111 223 547 669 (1000)
884 518 (1000) 713 (1000) 068 (1000) 144404 424 451 789 923 631	(1000) 014 360 (1000) 620 103 186 809 424 022 022 302 450 147
441 009 144041 228 800 010 270 768 (1000) 054 923 167 484 429	909 143840 728 279 370 218 252 620 (1000) 809 807 109 801 150
094 883 231 048 448 491 394 630 317 148072 070 040 1000	728 356 (1000) 828 415 223 (1000) 022 349 (1000) 948 028 124082
(1000) 718 082 192 (1000) 322 927 809 286 (1000) 321 (1000) 810 (1000)	619 326 247 028 (1000) 074 217 147997 609 809 122 981 (1000) 498
(1000) 111 (1000) 005 476 821 438 148894 407 038 927 886 006	227 671 148718 519 815 027 660 087 111 (1000) 836 791 880
461 342	128048 809 729 033 454 455 477 887 377 655 514 828 449 597
789 124762 799 738 073 076 835 297 207 609 941 073 375 832	128 128568 145 023 927 868 300 (1000) 311 943 370 088 486 (1000)
205 171 (1000) 073 301 770 (1000) 306 956 153201 868 288 (1000)	735 022 024 (1000) 423 423 (1000) 017 828 (1000) 829 860 124473
789 524 (1000) 524 410 (1000) 328 138 (1000) 280 875 875 044 72	669 370 133292 241 614 217 734 510 075 391 786 044 72
128049 550 808 729 135 077 908 618 776 (1000) 088 765 450 287	148 250 021 851 229 (1000) 128050 248 (1000) 128051 128052 128053
128054 (1000) 010 401 401 401 401 401 401 401 401 401 401 401 401	470 228 008 754 368 943 840 947 809 123 128056 440 129 712

Im Gedächtnis des Verstorbenen nach heute beendeter Ziehung an erster Stelle 1. Klasse 200.000, 2. Klasse 100.000, 3. Klasse 50.000, 4. Klasse 20.000, 5. Klasse 10.000, 6. Klasse 5.000, 7. Klasse 2.000, 8. Klasse 1.000, 9. Klasse 500, 10. Klasse 2